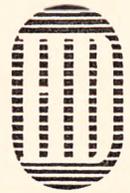


HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 3

Bonn, 8. Februar 1964

AUSGABE A

„Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen“

Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hatte zu ihrer 17. Arbeitstagung vom 23.—25. Januar 1964 nach Münster eingeladen, um — angesichts der „Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen“ — „dringend erforderliche Reformen auf wesentlichen Teilgebieten herauszuarbeiten und einen Anstoß zu deren Verwirklichung zu geben“. In der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Stiftung, Professor P. Luchtenberg, fiel ein gewichtiges und nachdenklich stimmendes Wort, das nicht untergehen sollte in der Fülle von alten und neuen oder immer noch neuen Reformvorschlägen. Das Erfreuliche an der Hochschulreform in dieser Zeit sei, daß nicht die Staatsmänner, sondern die Professoren selbst sie in die Hand genommen hätten. — Und angesichts des mehrfach heraufbeschworenen „genius loci Münster“ mag an das Schelsky-Wort erinnert sein: „... schließlich entstehen wirklich neue Lebensformen der Hochschulen nicht aus bloßen Organisationsmaßnahmen, sondern aus den Lebensentschlüssen der Gelehrten, die sich mit dem Schicksal einer Hochschule, eines Instituts, einer neuen Fachdisziplin usw. identifizieren. . .“

Forschung und Hochschule

In der Eröffnungsveranstaltung der Tagung in der Aula der Universität sprach Professor G. Hess, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, über das Thema „Forschung und Hochschule“. Er erinnerte daran, daß man Wissenschaftspflege nicht isoliert betreiben könne, sondern in den Zusammenhang des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens stellen müsse. Das gute Beispiel des Wissenschaftsrates — der die notwendige Übersicht und Autorität besitze, um Schwerpunkte zu setzen — ermutige dazu, die Anregungen zur Bildung eines ähnlichen Gremiums für den Bereich des übrigen Bildungswesens zu verwirklichen. Professor Hess erinnerte an seine Münchner Rede am 9. Juli 1963 (vgl. Hochschul-Dienst, XVI Nr. 14. v. 9. 7. 63) über die Enquete der DFG über Stand und Rückstand der Forschung in der Bundesrepublik, um für die notwendige Wissenschaftspolitik die Frage zu präzisieren: „Müssen wir alles machen? Und umgekehrt: Können wir es uns leisten, nicht alles zu machen?“ — Jedenfalls dürfe die wissenschaftliche Klärung von Fragen, die unmittelbar die menschliche Existenz berühren, nicht zurückstehen hinter modischen Forschungsprojekten. — Allerdings würde die Forschung wesentlich erleichtert werden, wenn Fächer und Institute sich nicht so abkapseln würden, wie sie es tun: „Man muß das so lange aussprechen, als dieses Geflecht von Haltung und Gesinnung samt seinen organisatorischen Konsequenzen die jungen Forscher der Wissenschaft in Deutschland entfremdet.“ Im übrigen aber sei das vielberufene Teamwork nicht Übernahme einer ideologisch-pädagogischen Forderung, sondern die gegebene naturnotwendige Arbeitsweise.

Den letzten Teil seines Vortrages widmete Professor Hess Fragen, die sich ihm als künftigen Vorsitzenden des Gründungsausschusses der Universität Konstanz stellen werden: „Unter welchen Voraussetzungen geben Neugründungen der Forschung besonders günstige Chancen? Unter welchen Voraussetzungen genügen Neugründungen den Erwartungen der unvermeidlichen Reform? In einer kleinen Universität sei es leichter, „Fakultäten anderer Art“ mit besonderen Akzenten zu schaffen. So sollten in Kon-

stanz z. B. die Biologie und die Sozialwissenschaften besondere Schwerpunkte zweier Fakultäten werden. Die kleine Zahl von Studenten gebe bessere Möglichkeiten, Forschung in engem Konnex zwischen fortgeschrittenen Studierenden und Professoren zu treiben.

Professor Hess setzte sich dann mit dem Einwand auseinander, daß damit dem Gesichtspunkt der Entlastung der übrigen Hochschulen nicht Rechnung getragen werde: Erstens seien wir es der Universität, wenn sie ihren Forschungsmöglichkeiten wieder besser genügen solle, schuldig, da und dort mit Modellen zu arbeiten, die optimale Forschungsbedingungen erfüllten. Zweitens solle man mehrere solcher Hochschulen gründen. „Entschließt man sich, englischem Vorbild folgend, dazu, mehrere, in sich verschiedene Modelle dieser kleineren Art zu schaffen, so trägt ihre Summe zur Entlastung wesentlich bei“. — „Flexibilität und offenes System werden die Grundzüge und Grundkräfte sein müssen, wenn ein solcher Versuch gelingen soll.“

Die folgenden Referate, die überdies zur Diskussion gestellt wurden, befaßten sich mit den Strukturproblemen der alten und überbürdeten wissenschaftlichen Hochschulen, die auf Entlastung warten und zugleich mit sich selbst fertig werden müssen.

Strukturprobleme des Lehrkörpers

Die Ausführungen von Professor Felgentraeger, Präsident des Hochschulverbandes, über „Strukturprobleme des Lehrkörpers, insbesondere Aufgaben und Gliederung des sog. Mittelbaues“ bedürfen im einzelnen hier keiner Darstellung oder Erwähnung, da sie aus den Vorschlägen des Hochschulverbandes und Empfehlungen des Wissenschaftsrates den Lesern bekannt sein werden. Die würdige und rüstige Leidenschaft, mit denen Professor Felgentraeger die personellen und finanziellen Probleme des Lehrkörpers vortrug und verfiel, verdient Respekt und Erfolg in der Verwirklichung sinnvoller, z. T. überfälliger Reformen. Aus dem Referat in Münster aber können wir Lehren ziehen — und die anschließende Diskussion ist Bestätigung dafür, daß man aus der Hochschule heraus in den politischen Gruppierungen unserer Gesellschaft für ein Verständnis der Hochschulpolitik werben muß.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hatte in der verpflichtenden Tradition ihres Schirmherrn Theodor Heuss für diese Tagung einen an der Thematik interessierten, jedoch nicht minder heterogenen Kreis zur 17. Arbeitstagung zusammengeführt. Man möchte manchem Referenten die

INHALT

Die Fakultäten und ihre Reform	3
Auftrag und Aufgaben des Wissenschaftsrates	6
Das neue Vademecum soeben erschienen	8
Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft	9
Aus der Arbeit des DAAD	10
Die 99. Plenarsitzung der Kultusminister	11

Bitte respektvoll näherbringen, in politisch und gesellschaftspolitisch engagiertem Kreis verständlich zu sprechen, um — mit Recht — jeglichen Eindruck zu vermeiden, als seien Strukturfragen des Lehrkörpers, insbesondere Aufgaben und Gliederung des „Mittelbaues“, etwa Fragen „gewerkschaftlicher“ Interessenpolitik.

Reform der Fakultäten

Für „die Fakultäten und ihre Reform“ ergriff Professor Ralf Dahrendorf/Tübingen das Wort, und das Auditorium spitzte die Ohren, daß aus der jüngeren Ordinarien-Generation am überkommenen Strukturgebäude der Universität gerüttelt werden würde.

1. Der Frage, ob die Fakultäten — noch — natürliche Einheiten seien, wurde die These gegenübergestellt: Die Fakultäten setzen (Fach-) Grenzen, die den Fortgang der wissenschaftlichen Entwicklung hemmen.
2. Der Behauptung, die Fakultäten würden Hierarchien bilden, begegnete Professor Dahrendorf mit dem Hinweis, daß es heutzutage vielfach mehr Ordinarien in einer Fakultät gäbe als Privatdozenten. Die Frage sei heute, ob nicht durch die vielfältigen „Mittelbau-Bestrebungen“ überhaupt erst Hierarchien errichtet würden. Das Problem habe sich vom Privatdozenten auf die notwendigerweise stark vermehrte Assistentenschaft und deren sinnvolle Eingliederung in die Hochschulkorporation verlagert. Wolle man aber am Prinzip der Habilitationsgrenze für den wissenschaftlichen Nachwuchs festhalten, dann gäbe es Grenzen für die Mitwirkung der Assistenten an der Selbstverwaltung.
3. Bei der vielfachen Kritik am traditionellen Berufungsverfahren würde der Fehler gemacht, stets eine beliebige Theorie mit einer beliebigen Praxis zu vergleichen, wobei stets die Theorie anziehender wirke. Professor Dahrendorf vertrat die Auffassung, daß kein System personeller Ergänzung frei von der Möglichkeit des Unterlaufens, des Mißbrauches sei; er glossierte sein Bekenntnis zum geübten Verfahren: „Das deutsche System der Berufungen ist das schlechteste, außer allen anderen.“
4. Auch der oftmals prophezeiten Ineffektivität übergroßer und heterogener Fakultäten widersprach Dahrendorf damit, daß die Wirksamkeit von Gremien nicht immer von der Teilnahme des Einzelnen abhängt; schon die Möglichkeit der Mobilisierung einer ganzen Fakultät mache ihre Stärke aus.

Als eine nachlesens- und nachdenkenswerte Betrachtung eines Kritikers und Anwalts der Fakultätsstruktur — zumindest für die bestehenden Hochschulen — muß man das Referat Dahrendorfs werten: die traditionelle Form und Zusammensetzung der Fakultäten zu erhalten; gewisse — noch zu klärende — Aufgaben an die Verwaltung der Universität abzugeben; Aufgaben der Lehre und Forschung auf neu oder vermehrt zu errichtende Abteilungen neben den Fakultäten zu übertragen, in denen vom Assistenten ab alle Lehrpersonen mitverantwortlich mitwirken; über Fakultäts- und Fachgrenzen hinweg Zentralinstitute einzurichten, denen wissenschaftliche Gesamtproblemstellungen aufgetragen werden sollen.

Lernfreiheit und Studienordnung

Über „Lernfreiheit und Studienordnung“ referierte Reg.-Rat Menke-Glückert/Tübingen, von der Idee der Humboldtschen Universitätsneugründung 1810 ausgehend und sie mit der Wirklichkeit 1964 konfrontierend. Als Quintessenz aus der leidenschaftlichen, doch zugleich nüchternen Analyse, die mit statistischem Material und mit Erfahrungen aus zahlreichen Gesprächen mit Studierenden erarbeitet wurde, unterbreitete Menke-Glückert Reformvorschläge, die ernsthaft im kritischen Gespräch sind: Straffung des Studiums, besonders zu Anfang des Studiums, durch Studienplanangebot mit Alternativen und Studentenkontrolle durch obligatorische Zwischenprüfung und Studienbericht mit dem Ziel, möglichst viele Studenten durch richtige pädagogische Anleitung und Beratung zu einem Abschluß an Universität oder Fach-Hochschule zu bringen; Zweiteilung des Studiums nach angelsächsischem Vorbild in Studienstufe und Forschungsstufe; Zugang zur Forschungsstufe nach Ablegung von Staatsexamen, Diplom- oder entsprechender Sonderprüfung, eventuelles Weiterstudium an einer sog. theoretischen Universität; Entrümpelung der Prüfungsordnungen u. a.

Die Diskussionen entzündeten sich verständlicherweise besonders an dieser Thematik, und hierbei bewiesen auch die

erfreulicherweise zahlreich anwesenden Studenten mit ihren Sorgen und Vorschlägen ihre Partnerschaft. Wenn aber im weiteren Verlaufe wohl manchem Teilnehmer der Gedanke kam: der Worte sind genug gewechselt —, so klingt über diese Arbeitstagung hinaus die Frage nach: Wer ist denn eigentlich — alles — verantwortlich für einen ordnungsgemäßen Lehrauftrag unserer wissenschaftlichen Hochschulen? — Frau Funcke (MdB) war es schließlich, die mit der Frage: Wer lehrt die Studenten, wer zeigt ihnen verantwortliches Handeln? — die begehbare Brücke zur Humboldt'schen Universitätstradition schlug, darum, daß der Student im Studium Geist und Charakter bilden müsse, um für den Beruf vorbereitet zu werden.

Die Hochschule in unserer Zeit

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hatte für den letzten Tagungstag Professor J. Ritter/Münster gebeten, über „die Hochschulen vor den Ansprüchen unserer Zeit“ zu sprechen. Die noch am Vorabend von der actio überzeugten Teilnehmer sahen sich — sei es unbeabsichtigt, sei es gerade so geplant — nunmehr mit dem Grundsätzlichen der geistigen Auseinandersetzung um die Bildungsfunktion der Universität in unserer Gesellschaft konfrontiert, mit der Frage, „was im Gewoge der konkurrierenden Meinungen eigentlich ausgetragen werde“. Der revolutionäre Vorgang in den Humboldt-preußischen Gründungen — die Freiheit von Forschung und Lehre, die bis dahin zu der nicht-universitären Existenz der Wissenschaft gehört hat, wird in den Bereich des Staates hineingenommen und zum Prinzip der vom Staat getragenen Universität gemacht — ist zum Grundsatz des Wiederaufbaues und Ausbaues der Universität nach 1945 genommen worden; aber die Spannungen zwischen den beiden legitimen und einst harmonischen Funktionen dieses Universitätstyps werden zunehmend größer: einerseits pragmatische Ausbildungsfunktion (aus den Bedürfnissen des Staates und der Gesellschaft heraus), andererseits allgemeine Bildungs- und Erziehungsvorstellungen (zur Bildung des Individuums und des Staatsbürgers).

Professor Ritter vertrat die These, daß „Bildung“ als solche nicht die Bestimmung der Universität sein könne. „Wo der Mensch als Mensch Subjekt des Staates oder der Gesellschaft geworden ist, sind Bildung und Erziehung in ihrem allgemeinen Begriff allen möglich und allen verbindlich und daher keine Lehraufgabe der Universität, die sie von anderen Schulen unterscheidet“. Die Universität müsse auf das Prinzip, als „Lehranstalt“ auf freie Forschung gegründet zu sein, zurückgehen; damit sie weder auf die Abstraktheit der Arbeitsfunktion reduziert werde, noch in ein zur gegenwärtigen Wirklichkeit beziehungsloses Geisterreich emigriert. Ritter bezog sich auf den aristotelischen Begriff der „Theorie“, um der freien Forschung in der Universität eine Stätte zuzuweisen, an der Wissenschaft unabhängig von allem, was sie in der Praxis sein mag, möglich und notwendig wird. „So ist es falsch, den Fortgang der Spezialisierung als Verlust der Einheit der Universität zu beklagen. Ihre bleibende Einheit ist die Theorie, die als freie Forschung konkret die Spezialisierung selbst verlangt. . .“. — Universitätsgeschichtliche Meilensteine: Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, Einheit der Wissenschaften, Einheit der „Theorie“.

Man mag zum Ausklang eines kritischen, zugleich aner kennenden Berichtes über eine Tagung empfehlenswerter Art wie diese der Friedrich-Naumann-Stiftung nochmals mit einem Zitat aus den Schlußbetrachtungen Professor Ritters vorliebnehmen, um damit zugleich anzumerken, daß nach seinem Referat keine Diskussion mehr in Gang kommen wollte; dies vielleicht aber nicht zuletzt, weil dererlei Referate doch an den Anfang von Arbeitstagungen gerückt werden sollten. Man kommt sich bei einem Schlußgedanken wie: „Mensch, werde wesentlich!“ immer so „ertappt“ vor.

„In der gegenwärtigen Bedrängnis der Universität scheint die alles beherrschende Frage zu sein, ob sie ihre Lehraufgabe noch zu erfüllen vermag. Diese Frage ist unausweichlich, und sie muß in absehbarer Zeit durch vernünftige Maßnahmen gelöst werden. Aber alle Maßnahmen werden nicht vernünftig geraten, wenn sie von der Flut handfester verkürzter pragmatischer Ausbildungsvorstellungen und allgemeiner pädagogischer Erziehungsideen getrieben, statt vom Blick darauf geleitet werden, was Theorie als freie Forschung für die Gesellschaft zu leisten hat, also vom Prinzip der Universität, Stätte freier Forschung und als solche Stätte akademischer Lehre zu sein.“

Wolfgang Kalischer

Die Fakultäten und ihre Reform / von Prof. Dr. Ralf Dahrendorf, Tübingen

Als Theodor Eschenburg in seiner Tübinger Rektoratsrede von 1961 die deutsche Universität einen „Bund von Fakultäten“ nannte, erinnerte er an einen ebenso zentralen wie paradoxen Sachverhalt der Hochschulstruktur. Jene universitas, von der wir viel sprechen — sei sie als Gesamtheit der Wissenschaften oder ihrer Träger, der Lehrenden und Lernenden, verstanden —, hat eine gleichsam föderalistische Struktur. Sie ist zunächst gar nicht eine Gesamtheit. Zumindest in Deutschland besteht die Universität in den und durch die Fakultäten, deren Autonomie zu den Grundannahmen der neueren deutschen Hochschulverfassung, aber auch den Grundphänomenen der Verfassungswirklichkeit unserer Hochschulen gehört. Die Universität als Einheit ist sozusagen das Kunstprodukt ihres wirklichen Substrats, der Fakultäten.

Geschichtliche Rolle der Fakultäten

Fakultäten sind so alt wie Universitäten, und der Streit der Fakultäten dürfte kaum weniger weit in die Geschichte zurückreichen. Kants Beschreibung der drei klassischen Fakultäten als befaßt mit dem „Heil der Seele“, dem „bürgerlichen Wohl“ und dem „Leibeswohl“, begründet in der gemeinsamen Ausrichtung auf das „Heil“ oder „Wohl“ doch wohl nur eine scheinbare Konvergenz der Zwecke — ganz davon abgesehen, daß den „Artisten“ in dieser wohlthuenden Gesellschaft kein rechter Platz zukommt. Die vierte ist denn auch die niedere Fakultät, an der daher schon im Mittelalter zwei Drittel aller Studenten eingeschrieben waren. Indes ist die Geschichte der Fakultäten natürlich nicht nur eine Geschichte ihres Streits. Es gibt eine Kooperation der Fakultäten, die als Impuls sogar der Begründung von Universitäten überhaupt zugrunde gelegen haben mag; es gibt auch ein gemeinsames Interesse an der Schaffung und Erhaltung der materiellen Basis akademischer Wirkung. Beide Ansprüche finden etwa in den im Prinzip fakultätslosen Colleges, wie sie noch heute in Oxford und Cambridge bestehen, ihre beispielhafte Befriedigung. Anders und doch ähnlich ist in den Colleges der großen amerikanischen Universitäten, also dem Unterbau der Graduate Schools, eine universitas ohne Fakultäten entstanden. Selbst dort aber, wo Fakultäten bestehen (und, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, sie bestehen auch in Oxford und Cambridge und Harvard und Columbia), müssen diese nicht in derselben Weise Grundpfeiler der Gesamtstruktur der Universität sein wie sie es in Frankreich und, mehr noch, in Deutschland sind.

Die Wirksamkeit des Prinzips der Autonomie der Fakultäten zu illustrieren, ließen sich viele, nicht immer nur erfreuliche Beispiele beibringen — wenn nicht der Erzähler, der ja selbst seiner Universität nur über eine ihrer Fakultäten angehört, durch den bloßen Bericht schon die Solidarität und die Geheimnispflicht seiner Fakultäten verletzen müßte. Denn zumindest ihrem Anspruch nach sind die Fakultäten auch die corpora, deren Glied der einzelne Hochschullehrer mit allen Konsequenzen, die solche Mitgliedschaft in sich schließt, ist. Die Ausdrücke drängen sich ja auf: corpus, Korps, Korporation, Zunft . . . Wer also von den Fakultäten spricht, rührt an eines der Zentren der deutschen Universität, ein zentrales, aber auch höchst empfindliches Organ, aus dem das Leben der gesamten Hochschule sich speist.

Es wäre allerdings ein Mißverständnis, wollten Sie aus den möglicherweise etwas ironisch geratenen Einführungsbemerkungen schließen, daß meine Absicht in einer herben Kritik der Einrichtung der Fakultät läge. Sie werden im Gegenteil im Verlauf meiner Argumentation feststellen, daß ich eher eine Ehrenrettung der Fakultäten im Sinn habe. Genauer gesagt, scheint mir die Einrichtung der Fakultäten einen hervorragenden Ansatzpunkt für jene Reformhaltung zu bieten, die Vorhandenes im Interesse neuer, aber auch alter Ziele entwickelt, dabei gewiß verändert, aber doch nicht gleich abzuschaffen oder von Grund auf umzustürzen sucht. Es ist erstaunlich, wie große Folgen schon kleine Veränderungen in einem so komplizierten Gebilde wie der Universität haben können.

Die vier wichtigsten Probleme

Aber das ist ein leeres Bekenntnis, wenn es sich nicht an den täglichen Problemen der akademischen Praxis auszuweisen vermag. Denn daß die Fakultäten ihre Probleme

haben — Probleme, die sie selbst sehen, aber auch solche, die ihnen nach- bzw. vorgesagt werden —, das darf wohl als gewiß gelten. Ich möchte daher im folgenden die vier nach meiner Meinung wichtigsten Probleme, die sich in der Gegenwart aus Struktur und Funktion der Fakultäten ergeben, einer etwas ausführlicheren Erörterung aussetzen, um auf diese Weise die Voraussetzung für eine überlegte Behandlung der Vorschläge zu ihrer Reform zu liefern.

Fakultäten als „natürliche“ Einheiten

Es ist eine unbestrittene Grundannahme der Einrichtung von Fakultäten — und damit komme ich zum ersten Problem, über das ich sprechen will —, daß diese gewissermaßen „natürliche“ Einheiten sind, d. h., daß in ihnen der Natur der Sache nach zusammengehörige Wissenschaften einen gemeinsamen Ort finden. Diese Annahme wird gelegentlich ausdrücklich formuliert. So heißt es in den „Schwalbacher Richtlinien“ zur Hochschulreform aus dem Jahre 1947: „Das Wesen der Hochschule wird gekennzeichnet durch die Einheit von Forschung und Lehre. Soweit die Bedingungen solcher Arbeit als einer Gemeinschaftsarbeit überhaupt organisierbar sind, sind ihre natürlichen Träger die Fakultäten. Sie sind jedenfalls bei den Universitäten historisch gewachsen. Ihr dauernder Bestand und ihre innere Einheit gründen sich wesentlich auf die Einheitlichkeit der Methode, die durch den Gegenstand der Erkenntnis bestimmt wird. Diese Gebundenheit an die Gesetze wissenschaftlicher Erkenntnis schließt es aus, willkürlich ausgewählte Objekte zum Gegenstand einer eigenen, in einer besonderen Fakultät zu pflegenden Disziplin zu machen . . . Neugründungen von Fakultäten sind daher nur vertretbar, soweit die darin zu pflegenden Disziplinen durch eine eigene Methode charakterisiert werden.“

Die Auffassung, die hinter solchen Formulierungen steckt, scheint zunächst plausibel und ist im praktischen Selbstverständnis der Wissenschaften verbreitet. Es gibt eine Vielzahl von Erkenntnisobjekten, denen die wissenschaftlichen Disziplinen im großen und ganzen entsprechen. Die Enzyklopädie der Wissenschaften reproduziert also gewissermaßen die Gliederung der Welt in Gegenstände wissenschaftlicher Forschung. Diese Gegenstände sind aber nun weiterhin in der Weise geordnet, daß gewisse Gruppen von ihnen ähnliche methodische Ansätze verlangen. Solche Gruppen methodischer Verwandter schließen sich zwanglos zu Fakultäten zusammen; die Gemeinsamkeit ihrer Methoden ist *raison d'être* und Rechtfertigung der Fakultäten.

Nun ist zu dieser Wissenschaftsauffassung mancherlei anzumerken, das ich hier nur andeuten kann. Es liegt nahe, zu vermuten, daß eine solche Begründung an den klassischen Fakultäten orientiert ist. Theologen, Juristen und Mediziner unterschieden sich in der Vergangenheit (eine Einschränkung, die zu beachten ist!) wohl tatsächlich durch je eigene Ansätze der Forschung; mindestens ließ sich von der Organisation der Berufsstände her, für die in diesen Fakultäten ausgebildet wurde, eine klare Grenzziehung vornehmen. Bei der Artistenfakultät allerdings galt dies wohl nie. Sie war immer schon ein Sammelbecken höchst verschiedenartiger Disziplinen — eine Residualfakultät, wenn man von den Großen Drei ausgeht, aber ein zumindest im Hinblick auf die Fakultätsentwicklung höchst produktives Residuum. Denn aus der Artistenfakultät sind die heutigen Philosophischen, Naturwissenschaftlichen, in Teilen auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten hervorgegangen. Lag hier immer die Entdeckung einer neuen Methode zugrunde? Und sind die methodischen Ansätze der genannten Fakultäten wirklich so einheitlich?

Bedeutungswandel der Fakultäten

Nicht nur als Kuriosum darf hier bemerkt werden, daß die „niedere Fakultät“ der Vergangenheit samt ihren modernen Ablegern heute von manchen als das eigentliche Zentrum der Universität als wissenschaftlicher Einrichtung betrachtet wird. Diese sind die theoretischen Fakultäten. Und so kann der Wandel der Universitätsentwicklung dahin führen, daß das Anhängsel der klassischen Fakultäten in einem neueren Universitätsplan (dem in der Denkschrift für Konstanz aufgenommenen der „Anregungen des Wissenschaftsrates“) drei neue zentrale Fakultäten geboren hat, neben denen nun auf einmal die alten marginal erscheinen: hier gibt es eine Philosophische, eine Naturwissen-

schaftliche und eine Sozialwissenschaftliche, nicht aber eine Theologische, eine Medizinische und eine Juristische Fakultät.

Diese aktuelle Entwicklung ist denn auch schon ein Hinweis auf einen wissenschaftstheoretischen Grundfehler der hier angedeuteten Konzeption von Fakultäten. Wissenschaftliche Disziplinen, und mehr noch Fakultäten, sind in ihren Grenzen historische Gebilde. Jeder Versuch, ihre Grenzen aus Sachzwängen zu begründen, mündet in Rechtfertigungsideologien, die sich durch historische und rationale Vergleiche leicht widerlegen lassen. Man mag eine „Auslandswissenschaftliche Fakultät“ nicht wünschen, aber es gibt in den Voraussetzungen unserer Erkenntnis keinen Hinweis darauf, daß es sie nicht geben darf. Wenn wir sie — wie etwa auch die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ der DDR — für ein Unding halten, dann müssen wir unsere Argumente anderswo suchen als in der Wissenschaftstheorie.

Fakultäten sind wie wissenschaftliche Einzeldisziplinen historische, also prinzipiell zufällige Gebilde. Was in Deutschland Sozialpolitik heißt, kann in England im Rahmen der Verwaltungswissenschaft und in Holland im Rahmen der Soziologie gelehrt werden. Forschungen über die Ursachen des Verbrechens können als Kriminologie in der Juristischen, als Psychiatrie in der Medizinischen, als Psychologie in der Philosophischen, als Soziologie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät betrieben werden, und auch Theologen und Naturwissenschaftler sind heute an solchen Untersuchungen mit Recht nicht unbeteiligt.

Diese Tatsachen legen denn auch eine weitere Einsicht nahe, die übrigens der neueren wissenschaftslogischen Diskussion entspricht: Wissenschaft hat es in erster Linie mit Problemen zu tun. Allein die Ansprüche der Lösung von Problemen vermögen Grenzen zu setzen. Solche Grenzen aber müssen — wie das Beispiel der Ursachen des Verbrechens zeigt — keineswegs identisch sein mit Fach- oder Fakultätsgrenzen. Fächer und Fakultäten sind historisch gewachsene Organisationsformen überlieferter Problemlösungen. Als solche haben sie ihre Berechtigung, die sich wahrscheinlich besonders von den Erfordernissen der Lehre her begründen läßt. Als solche enthalten sie aber auch, zum Unterschied von Problemen der Forschung, ein Element der Starre. Manches Forschungsproblem wird vernachlässigt, weil es in das historische Fächer- und Fakultätenschema nicht hineinpaßt; manche neue Perspektive auf alte Probleme bleibt unbeachtet, weil ein historisches Fach oder eine Fakultät das Problem für sich „gepachtet“ hat und die neue Perspektive ihre Grenzen sprengen würde; manche neue Disziplin, d. h. neu gewachsene Gruppierung von Problemlösungen bleibt unentwickelt, weil sie in das überlieferte Schema nicht hineinpaßt.

Grenzsetzung durch Fakultäten

Damit ist schon der Einwand formuliert, um den es mir bei dieser ersten Frage geht: Fakultäten setzen Grenzen, die dem Fortgang der Erkenntnis geradezu hinderlich sein können. Es spricht vieles dagegen, diesen Einwand zu überschätzen, aus ihm also einen prinzipiellen Einwand gegen Fakultäten abzuleiten. Vielleicht ist es leichtfertig, eine Art Eigengesetzlichkeit der wissenschaftlichen Entwicklung der Art anzunehmen, daß Probleme gleichsam nach Lösungen rufen und keine Fehlorganisation solche Lösungen auf die Dauer verhindern kann; ein Stück Berechtigung steckt in diesem Gedanken dennoch. Es dürfte nicht leicht fallen, Probleme, Perspektiven und Fächer zu nennen, die dank der Starre von Fakultätsgrenzen überhaupt nicht zur Entwicklung gekommen sind. Es ist andererseits aber möglich zu zeigen, daß starre Fakultätsgrenzen zur Verlangsamung und Erschwerung der Entwicklung von wissenschaftlichen Problembereichen geführt haben und noch führen. Vielleicht wird man mir als Soziologen hier ein persönliches Interesse unterstellen; in der Tat zeigt ja die Verlegenheit, die sich in der Zugehörigkeit vieler Soziologen (aber auch Philologen, Geographen, Psychologen) zu zwei Fakultäten kundtut, wie wenig „naturegebeben“ Fakultätsgrenzen sind. Die Lösung der Doppelzugehörigkeit dokumentiert allerdings auch eine gewisse Flexibilität der Fakultätsstruktur. Das ist schon sehr viel weniger der Fall bei den bereits angedeuteten Problemen der Kriminologie, oder bei der Sozialmedizin, oder bei der Psychologie mit ihren verschiedenen Dimensionen, die sich in einer Fakultät schlechterdings nicht unterbringen lassen. Die Mängel der Fakultätsgrenzen zeigen sich in der relativen Unterentwicklung

von Bereichen wie der Wirtschaftsgeschichte, den Arbeitswissenschaften, der auf bestimmte Länder konzentrierten (Rußland-, Südamerika-, Südostasien- usw.) Forschung in Deutschland. Die Fälle ließen sich wohl vermehren, in denen die relativ starre Fakultätsstruktur zumindest dazu beigetragen hat, daß bestimmte Wissenschaftsentwicklungen verlangsamt und erschwert worden sind. Wenn man von der Vermutung ausgeht, daß die erregendsten Entwicklungen der Forschung überhaupt an den sogenannten Grenzen der traditionellen Fächer zu erwarten sind, daß also Grenzüberschreitungen honoriert werden müßten, statt sie zu bestrafen, dann werden gewisse Schlagbäume erkennbar, durch deren Aufrechterhaltung Fakultäten nicht mehr als Förderer der Wissenschaft wirken, die eine Reform daher angezeigt erscheinen lassen.

Das Problem der Hierarchie

Der Zusammenhang von Hochschulorganisation und Wissenschaftsentwicklung ist sicher weit komplizierter, als solche Bemerkungen es andeuten können. Überhaupt ist darauf hinzuweisen, daß ich hier mit Vermutungen gearbeitet habe, die noch der Prüfung und Bewährung harren. Aber auch die Soziologie der Forschung (wie sie H. P. Bahrdt jetzt in Göttingen betreibt) zählt zu den Stiefkindern der traditionellen Fächerstruktur. Etwas mehr wissen wir über einen zweiten Problembereich, der ebenfalls gewisse zunftartige Verengungen der Fakultäten betrifft, das Problem der Hierarchie. Fakultäten konstituieren in Deutschland ja auch insofern die Universität, als diejenigen, die ihnen nicht angehören, also nicht Teil des (durch Zugehörigkeit zur „weiteren Fakultät“ definierbaren) Lehrkörpers sind, in der Korporation keinen Ort haben. Überdies gibt es innerhalb des Lehrkörpers Differenzierungen, die auch unterschiedliche Zugehörigkeitsrechte zur Folge haben; die Unterscheidung zwischen „engerer“ und „weiterer Fakultät“ gibt hier ja den wichtigsten Hinweis. Es ist nicht leicht angesichts der oft lautstarken und gelegentlich von Sachkenntnis nicht übermäßig beschwerten Diskussion des Hierarchie-Problems in der deutschen Universität, zu dieser Frage *in ira et studio* etwas zu sagen; der Versuch ist dennoch nötig.

Beginnen wir mit dem „klassischen“ Aspekt des Hierarchie-Problems, dem des Verhältnisses von „engerer“ und „weiterer Fakultät“, also, abgekürzt gesprochen, von Ordinarien und Privatdozenten. Wenn von der Fakultät als realem Gebilde in der Universitätsstruktur, dem Fakultätskollegium, die Rede ist, dann meinen wir in der Regel die aus den Lehrstuhlinhabern bestehende „engere Fakultät“. Die „weitere Fakultät“ tritt an deutschen Universitäten nur selten, in der Regel nur bei zeremoniellen Anlässen in Erscheinung (wobei auch bei diesen, z. B. dadurch daß nur die Mitglieder der engeren Fakultät Talar tragen, die Unterschiede noch erkennbar bleiben). Zwar wäre es falsch, die „weitere Fakultät“ als reine Fiktion zu bezeichnen; nicht nur die zeremoniellen Anlässe, sondern auch die Berechtigung wenigstens der Privatdozenten (an einigen Universitäten auch der Lehrbeauftragten), Vertreter in die engere Fakultät zu entsenden, dokumentiert deren korporative Anerkennung; aber man wird sagen dürfen, daß die Mitglieder der weiteren Fakultät im ganzen nur sehr gelegentlich an den Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung beteiligt werden. Sie bleiben marginale Glieder der Universität.

Stellung des Privatdozenten

Ich sprach vom „klassischen“ Hierarchie-Problem, weil ja der Privatdozent im In- und Ausland gerne als Inbegriff aller Ärgernisse der deutschen Universität angesehen wird. Kennzeichnend ist hier die Argumentation von Baumgarten, die den Privatdozenten zur typischen Sozialfigur einer auf Einsamkeit und Freiheit gestellten Universität erhebt: „Man kann — *cum grano salis* — sagen: Die deutsche Universität des 19. Jahrhunderts war auf den Privatdozenten konstruiert. Man kann, wiederum übertreibend, sagen, daß auch die Ausbildung der Studenten so angelegt war und z. T. noch heute so orientiert ist, daß, wenn sie optimal gelingt, am Ende des Studiums ein Privatdozent herauskommt. Man kann sagen, daß mindestens in einem wirksamen Typus auch des späterhin beamteten Professors das Modell des ‚Privatdozenten‘ fortwirkt.“ Dennoch sind die kritischen Einwände gegen die Einrichtung der Fakultäten, die sich aus solchen Feststellungen ableiten lassen, wie mir scheint, für die gegenwärtige Universität sehr viele weniger erheblich, als ihre Urheber mei-

nen. Der Privatdozent ist emphatisch nicht das Grundproblem, gar das Krebsübel der gegenwärtigen deutschen Universität.

Dabei meine ich gar nicht die Tatsache, daß Max Weber nicht der letzte war, der — allerdings unter dem Gewicht seiner Krankheit — den Rückweg vom Ordinarius zum Privatdozenten suchte. Ich meine auch nicht die Schwierigkeiten, die sich ergeben würden, wenn diejenigen, die das Reservoir bei Berufungen bilden, selber voll am Prozeß der Berufung beteiligt würden. Ich meine vielmehr die faktische Situation, daß die Hierarchie innerhalb des Lehrkörpers deutscher Universitäten heute nicht mehr die bei der Klage über den Privatdozenten meist vorausgesetzte Pyramidenform hat, sondern in den meisten Fakultäten nahezu in die entgegengesetzte Richtung tendiert: Wir finden also nicht eine schmale Gruppe von Ordinarien, unter der eine breitere von Extraordinarien und eine ganz breite Basis von Privatdozenten in Abhängigkeit dahinvegetiert, sondern eine schmale Gruppe von Privatdozenten, über der eine verschwindende Gruppe von Extraordinarien und eine breite Schicht von Ordinarien steht. In der Medizinischen Fakultät, mit Einschränkungen auch in den Naturwissenschaftlichen, liegen die Verhältnisse etwas anders; insbesondere in den Medizinischen Fakultäten aber verbindet sich mit der Position des Privatdozenten in der Regel weniger die Erwartung einer Berufung als die der Ernennung zum apl. Professor, also des Titels. Aber in der Philosophischen Fakultät Tübingens standen im WS 1962/63 45 Lehrstuhlinhabern (von denen schon damals nur acht Extraordinarien waren) 36 Privatdozenten gegenüber, in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät betrug das Verhältnis 24:5, in der Evangelischen-Theologischen 12:5, in der Katholisch-Theologischen 9:1. Nimmt man die Lehrbeauftragten hinzu, so verschieben sich die Relationen zumal in der Philosophischen Fakultät etwas; es bleibt aber die Tatsache, daß die Lehrstuhlinhaber, ja enger noch die Ordinarien, heute vielfach die größte einzelne Gruppe innerhalb des Lehrkörpers sind. Kann man nun dort noch von einem Hierarchie-Problem sprechen, wo sich alles an der Spitze drängt und die mittleren Ränge unbesetzt bleiben?

Auch hier spüren Sie gewiß, wie viele Fragen mein Gedankengang am Wege lassen muß. Es wäre ja zu prüfen, ob nicht die Wiederherstellung einer Hierarchie unter Umständen wünschenswert sein könnte. Der Versuch der Entwicklung eines „Mittelbaus“ geht wohl in diese Richtung. Hier, also bei den beamteten, habilitierten Wissenschaftlichen Räten, ist denn auch die Frage der Mitwirkung in den Organen der Korporation besonders wichtig. Man mag sich fragen, ob die an sich zunächst plausible Lösung, solche Wissenschaftlichen Räte korporationsrechtlich als Privatdozenten zu behandeln, auch wirklich befriedigend ist. Aber selbst bei den habilitierten Wissenschaftlichen Räten hält sich die Problematik de facto noch in sehr engen Grenzen, weil deren Zahl ja die der Privatdozenten nach den Voraussetzungen des Amtes nicht übersteigen kann und ein Ansatz für neue Habilitationspraktiken im Hinblick auf den Mittelbau noch nirgends erkennbar ist.

Die Gruppe der Assistenten

Dennoch wäre es falsch, zu schließen, daß die heutige deutsche Universität ein Problem der Hierarchie nicht mehr kennt. Das Hierarchie-Problem hat sich vielmehr verlagert. An die Stelle des Privatdozenten von vorgestern ist heute der Assistent als die problematische Zentralfigur der Universitäten getreten. Die *universitas magistrorum et scholarium* ignoriert beharrlich jene immer wachsende Gruppe in ihrer Mitte, deren Mitglieder laut Reichsassistentenordnung gewissermaßen *magistri* und *scholares* in einer Person sind. Obgleich Assistenten an Forschung, Lehre und Verwaltung in oft höchst intensiver Weise beteiligt sind, obgleich überdies die neue Einrichtung des Akademischen Rates sogar Positionen schafft, in denen gewisse Assistentenaufgaben auf Lebenszeit wahrgenommen werden, gibt es meines Wissens nur eine einzige deutsche Universität (Saarbrücken), an der diese Gruppe wenigstens das Recht auf Entsendung von Vertretern bei der Behandlung eigener Angelegenheiten in Senat und Fakultäten hat. Hier tragen auch die quantitativen Relationen dazu bei, die Bedeutung des Problems zu unterstreichen: die Zahl der Assistenten und akademischen Räte übersteigt heute an allen Universitäten die sämtlicher anderen Mitglieder des Lehrkörpers (unter Einschluß der Lehrbeauftragten); sie wird in Kürze doppelt so hoch sein wie die der Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragten. Die Exklusivität der Fakultät im hierarchischen Verstande,

verbunden mit der Fülle ihrer Rechte, führt hier nicht nur zu der Anomalie, daß die Mehrzahl der im akademischen Bereich beschäftigten Personen korporativ völlig rechtlos bleibt; sie beraubt auch die Korporation der aktiven Mitwirkung ihrer vermutlich willigsten, wenigsten, und häufig genug den Studenten am nächsten stehenden Schicht.

An wenigen Fragen zeigt sich indes so deutlich wie an der Lage der Assistenten die Komplexität der historischen Struktur unserer Universitäten. Schon die Ausdehnung des Begriffes „Lehrkörper“ auf die Assistenten würde mit notwendiger Implikation am Prinzip der Habilitation und der damit verbundenen Verleihung der *venia legendi* rühren. Entsprechend würde die volle Vertretung der Assistenten in den Fakultäten das Paradoxon zur Folge haben, daß Menschen berechtigt werden, über Qualifikationen zu urteilen, die sie selbst erst noch unter Beweis stellen sollen. Will man also nicht die Habilitation als Bedingung der vollen Lehrbefugnis völlig aufgeben — und ich sehe unter gewissen Einschränkungen, über die noch kurz zu sprechen sein wird, keinen Grund zu einer so drastischen Veränderung —, dann stehen der vollen Eingliederung der Assistenten in die Korporation im engeren Sinne der Fakultäten gewisse strukturelle Hindernisse im Wege. So verlockend also eine der Stellung des englischen Assistenten oder Junior Lecturer und des amerikanischen Instructor oder Assistant Professor (mit voller korporationsrechtlicher Teilnahme trotz pensionsrechtlicher Ungesicherheit) analoge Lösung manchem scheinen mag, so schwerwiegend und unattraktiv wären einige ihrer Konsequenzen. Doch kann dies nur heißen, daß es keine einfache Lösung des Problems gibt, nicht dagegen, daß wir die hierarchische Exklusivität der Fakultäten als unabänderlich hinzunehmen hätten. Wie eine solchen Überlegungen entsprechende Lösung auszusehen hätte, wird gleich noch einmal zu erörtern sein.

Selbstergänzung durch Berufungen

Für die interessierte Öffentlichkeit wird die Autonomie der Fakultäten (und die korporative Selbständigkeit ihrer Föderation, der Universität) an einem Punkt am stärksten spürbar, an dem sie rechtlich am wenigsten gesichert ist: bei Berufungen. Dies ist denn auch der dritte Bereich, in dem seit langem schon Einwände gegen die Fakultäten laut geworden sind, die wir hier zu erörtern haben. Das Berufungsverfahren ist ja nicht an allen deutschen Universitäten gleich; insbesondere unterscheiden sich die Universitäten nach der statutarisch geforderten oder auch nur praktizierten Eingriffsmöglichkeit Dritter: anderer Fakultäten, eines Großen Senats, eines Kuratoriums oder des Ministeriums. Gemeinsam aber ist allen Universitäten das Vorschlagsrecht der Fakultäten bei der Besetzung von Lehrstühlen. Insofern man im großen und ganzen davon ausgehen darf, daß der (in der Regel Dreier-) Vorschlag der Fakultät sich durchsetzt, daß insbesondere der Minister von seinem Recht der Abweichung von diesem Vorschlag nur in Ausnahmefällen Gebrauch macht, kann man davon sprechen, daß die Fakultäten deutscher Universitäten sich selbst ergänzen. Hier setzt denn auch die Kritik am Berufungswesen der Fakultäten an, und zwar sowohl die akademische Selbstkritik als auch die Kritik außeruniversitärer Instanzen, insbesondere der Verwaltungen und Parlamente.

Ihre philosophischste Form hat diese Kritik in einer Theorie gefunden, die ich die Verfallstheorie der Fakultäten nennen möchte, und die Karl Jaspers 1946 ausdrücklich formuliert hat: „Korporationen neigen dazu, sich aus persönlichen Interessen und Furcht vor dem Überragenden zu verwandeln in Cliques monopolistischer Sicherung ihrer Durchschnittlichkeit. Bei Habilitationen und Berufungen sinken sie dann langsam, zunächst fast unmerklich, auf tieferes Niveau. Statt sich in diesen Kooptationen hinaufzuentwickeln, entgleiten sie ins Minderwertige.“ Wie die meisten Anhänger dieser Theorie, leitet Jaspers hieraus die Notwendigkeit einer stärkeren Einschaltung staatlicher Instanzen ab. Was bei Jaspers nur anklingt, taucht dann in primitiveren Äußerungen zum Berufungswesen als handfester Vorwurf auf. Hier ist die Rede von „Korruption“, von einem „Berufungskarussell“, von gegenseitiger Begünstigung, planmäßiger Zurücksetzung und dergleichen mehr. Die Einwände sind im einzelnen oft wenig differenziert, vielfach auch wenig informiert; der Zusammenhang aber ist so wichtig, daß ich ihm einen Augenblick nachgehen muß.

Was zunächst die Verfallstheorie angeht, so spricht wenigstens theoretisch manches für sie. Aber die Theorie gerät

sofort in Schwierigkeiten, wenn wir erklären wollen, warum manche Fakultäten (und zwar keineswegs nur an neuen Universitäten) Zeiten großen Aufschwungs erlebt haben und nach wie vor erleben. Selbst wenn man der Theorie gewisse angebbare Ausnahmen erlaubt — wie z. B. die Berufung von noch unbekanntem jungen Leuten, deren „Gefährlichkeit“ sich erst nachträglich herausstellt —, scheitert doch ihr fundamentaler Pessimismus an der vielfach bestätigten Beobachtung, daß Fakultäten wie andere menschliche Einrichtungen — trotz des Prinzips der Selbstergänzung — ein Auf und Ab ihrer Qualität erleben.

Aber dies ist nur eine Fußnote zu einer doch wohl halbernten Theorie. Auch wenn die regelrechte Widerlegung der Theorie gelänge, wären damit die Einwände gegen das deutsche Berufungswesen keineswegs erledigt. Hier scheinen mir vielmehr zwei andere Hinweise zentral, auf die ich besonderen Wert lege und die dann auch der Ausgangspunkt meiner Schlußfolgerungen zur Reform der Fakultäten sein werden. (Schluß folgt)

(Der Vortrag von Prof. Dahrendorf wird im Rahmen der Publikationen der Friedrich-Naumann-Stiftung im Westdeutschen Verlag Köln/Opladen veröffentlicht.)

Auftrag und Aufgaben des Wissenschaftsrates

I. Mahnende Grußworte des Bundespräsidenten Lübke

Die 19. Vollversammlung des Wissenschaftsrates wurde in den letzten Tagen seines Berliner Aufenthaltes von Bundespräsident Lübke mit der Mahnung eröffnet, für ein besseres Auslesesystem an den Höheren Schulen und eine rationellere Ausbildung an den Hochschulen zu sorgen. Der Bundespräsident setzte sich nachdrücklich dafür ein, die seit langem angekündigte Studienreform schneller als bisher zu verwirklichen, um die Hochschulen von dem Ballast zu befreien, den sie heute noch mitschleppen müßten. Nur mit einer spürbaren Entlastung der Hochschulen und einer gründlicheren wissenschaftlichen Ausbildung lasse sich der paradoxe Zustand ändern, daß in Deutschland auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und des Hochschulwesens ein ausgesprochener Mangel an qualifiziertem Nachwuchs herrsche. Im Interesse des ganzen Volkes solle jedoch die Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen so rationell wie irgendmöglich gestaltet werden. Lübke bezeichnete es als Ziel der Studienreform, jene Abiturienten auszusortieren, deren Begabung und Fleiß nicht ausreiche, ihr Studium mit Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluß durchzustehen. Die Befreiung der Hochschulen von diesem Ballast sollte jedoch schon mit einem Auslesesystem an den höheren Schulen beginnen.

Der Bundespräsident lenkte die Aufmerksamkeit weiterhin auf die Förderung des Zweiten Bildungsweges über Begabtenprüfungen außerhalb der Schulen. Es sei dringend erforderlich, begabten Menschen auch außerhalb des regu-

lären Schulweges den Zugang zur Oberstufe, zur Fachschule und schließlich zur Hochschule zu erleichtern. Als Ausgleich zur Begabtenauslese sollte den für die Hochschule weniger Begabten der Weg in andere Berufe geebnet werden, für die sie besser geeignet seien.

Der Bundespräsident setzte sich schließlich dafür ein, die Forschungsarbeit innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu intensivieren. „Ein Volk, dessen Wissenschaft nicht auf dem neuesten Stand ist, wird in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben. Was dies für einen auf Export ausgerichteten Industriestaat bedeutet, brauche ich nicht weiter auszuführen“, meinte Lübke. Bei dieser Forderung der „Forschung als Lebensberuf“ komme es weniger auf hohe Gehälter, als vielmehr auf den Geist guter Zusammenarbeit und auf bessere Forschungseinrichtungen an.

Im Rahmen dieser Sitzung des Wissenschaftsrates hatte deren Präsident, Prof. Dr. Raiser, dem Bundespräsidenten zwei Denkschriften mit Raumprogrammen für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen sowie der akademischen Bibliotheken überreicht. Abschließend würdigte der Bundespräsident die bisherige sechsjährige erfolgreiche Arbeit des Wissenschaftsrates, die es ermöglicht habe, die Gründung von 4 Universitäten, in Bochum, Bremen, Konstanz und Regensburg sowie einer weiteren Technischen Hochschule in Dortmund, zu beschließen oder vorbereitend zu erwägen.

II. Aus einer Rede des Vorsitzenden, Prof. Dr. Raiser

In diesem Zusammenhang gewinnt ein Referat an aktueller Bedeutung, das der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Ludwig Raiser, in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Aufgaben des Wissenschaftsrates gehalten hat und das soeben im Westdeutschen Verlag Köln/Opladen erschienen ist. Seine Ausführungen sind umso aktueller, als die Förderung der wissenschaftlichen Arbeit heute zu einer überaus dringenden Aufgabe unserer Kulturpolitik geworden ist. Daß es zur Erreichung dieses Zieles nicht nur erheblicher finanzieller Mittel bedarf, die in der Hauptsache von Bund und Ländern, aber auch von privater Seite aufzubringen sind, sondern daß auch schwerwiegende organisatorische Fragen, wobei der Ausbau und das innere Gefüge unserer Universitäten zur Debatte stehen, hierbei gelöst werden müssen, das wurde aus den Ausführungen Professor Raisers und der sich anschließenden Diskussion besonders deutlich.

Zunächst ein Wort über den Wissenschaftsrat. Diese Institution wurde im Herbst 1957 durch ein Abkommen zwischen den Regierungen des Bundes und der Länder ge-

gründet. In den folgenden Monaten wurden die Mitglieder des neuen Gremiums ausgewählt und berufen. Der Wissenschaftsrat besteht aus einer Verwaltungskommission und einer wissenschaftlichen Kommission, deren insgesamt 44 Mitglieder sich mehrmals im Jahre zu einer Plenarversammlung treffen. Er hat die Funktion eines Planungsgeneralstabs für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft. Am Anfang des Jahres 1958 hat Bundespräsident Theodor Heuss die Arbeit des Wissenschaftsrates mit einer richtungweisenden Ansprache eröffnet. Professor Raiser hob in seiner Rede hervor, daß der Wissenschaftsrat nach dem Verwaltungsabkommen keine Weisungsbefugnis hat, sondern nur Empfehlungen aussprechen kann. Er hat sich erst allmählich bei den Hochschulen die Autorität verschaffen können, über die er heute unbestritten verfügt.

Als das neue Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung geschaffen wurde, bestand in allen politischen Lagern Übereinstimmung darüber, daß das Ministerium nicht den Wissenschaftsrat ersetzen solle, sondern daß es darum gehe, eine geeignete Form der Kooperation zwischen beiden Instanzen zu finden. In dem Verwaltungsabkommen, auf Grund dessen der Wissenschaftsrat seine Tätigkeit ausübt, heißt es, daß er „auf der Grundlage der von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aufgestellten Pläne einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten und hierbei die Pläne des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen“ habe. Außerdem soll er jährlich ein Dringlichkeitsprogramm aufstellen und Empfehlungen für die Verwendung der in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder verfügbaren Mittel aussprechen. Um die Tragweite dieses Auftrags zu ermessen, muß man auf die Gründe zurückgreifen, die zur Bildung des Wissenschaftsrates geführt haben.

Der Wissenschaftsrat hat Prof. Raiser/Tübingen wieder zum Vorsitzenden auf ein weiteres Jahr gewählt. Kultusminister Osterloh und Staatssekretär Cartellieri wurden ebenfalls wieder als Vorsitzende der Verwaltungskommission gewählt.

Zum neuen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde am 4. Februar 1964 in Berlin Prof. Dr. Julius Speer/München gewählt. Er wird im Spätherbst die Nachfolge von Dr. Gerhard Hess antreten, der nicht wieder für dieses Amt kandidierte, das er seit 1955 innehat. Prof. Hess ist der Vorsitz im Gründungsausschuß der Universität Konstanz angeboten worden. Prof. Speer ist o. Professor für Forstwirtschaftslehre an der Universität München, deren Rektor er von 1960 bis 1963 war. Seit 1962 ist er Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Gründe für die Bildung

1. Es war die Erkenntnis, daß heute die physische und wirtschaftliche Existenz wie auch die geistige und sittliche

Haltung einer großen Nation ausschlaggebend davon abhängen, daß alle Wissenschaften ihren Beitrag zu der gemeinsamen Aufgabe leisten, geistige Horizonte zu eröffnen und Maßstäbe zu setzen. Dazu sind lebendige Universitäten und moderne Forschungseinrichtungen ebenso notwendig wie eine breite Schicht wissenschaftlich gut ausgebildeter Kräfte, die die Ergebnisse der Forschung in alle Lebenskreise tragen.

2. Maßgebend war ferner die nüchterne Feststellung, daß das deutsche Volk die führende Rolle, die es noch vor 50 Jahren auf dem Gebiet der Wissenschaft innehatte, durch die geschichtlichen Katastrophen und vielfachen Versäumnisse in den letzten Jahrzehnten eingebüßt hat. Heute bedarf es außergewöhnlicher Anstrengungen, um die Leistungsfähigkeit unserer wissenschaftlichen Einrichtungen zu steigern. Demgegenüber steht der allbekannte Notstand der gegenwärtigen Überfüllung unserer Hochschulen, der Abhilfe verlangt.

3. Es ging um die Einsicht, daß man in dieser Lage die Entwicklung wissenschaftlicher Einrichtungen nicht mehr der Initiative einzelner Personen, Kollegien oder Behörden überlassen konnte, auch nicht der, wie Raiser hinzufügt, „unterschiedlichen Bewilligungsfreudigkeit der jeweiligen Finanzträger in Bund und Ländern“. Es stellte sich das Bedürfnis heraus, daß ein umfassender und auf längere Sicht angelegter Plan von einem zentralen Organ mit hoher Sachkunde ausgearbeitet werden müsse. Die Aufgabe aber kann nur gelöst werden, wenn in unserer föderalistischen Staatsordnung und angesichts der konkurrierenden Zuständigkeit für die Wissenschaftsförderung Bund und Länder ihre Kräfte zusammenfassen.

Somit hat der Wissenschaftsrat jenseits aller rechtlichen Konstruktionsfragen eine politische Funktion zu erfüllen, und Professor Raiser ist der Meinung, daß ihm das bisher gelungen ist. Durch die Beteiligung zahlreicher politischer Stellen des Bundes und der Länder an der Arbeit des Wissenschaftsrates wird das Interesse und die Verantwortungsbereitschaft für die Ergebnisse dieser Beratungen gesichert. Wenn auch der Wissenschaftsrat keine Weisungsgewalt hat, sondern nur Empfehlungen aussprechen kann, so hat doch die verantwortliche Mitarbeit der Vertreter von Bund und Ländern diesen Empfehlungen eine starke bindende Kraft verliehen. Und wenn man, wie Professor Raiser es formuliert, den Wissenschaftsrat als einen Planungsstab für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft bezeichnen kann, so muß klar gesagt werden, daß es sich nicht um die Planung der Forschungsarbeit selbst dabei handelt, denn der Wissenschaftsrat nimmt darauf weder unmittelbar noch indirekt Einfluß.

Der Wissenschaftsrat bestimmt nicht die Auswahl der zu fördernden Forschungsprogramme und beteiligt sich nicht an der Finanzierung von Einzelvorhaben. Dieser Aufgabenbereich bleibt der Deutschen Forschungsgemeinschaft überlassen, die darin große Erfahrungen gesammelt und gute Erfolge erzielt hat. Was der Wissenschaftsrat unter Planung versteht, das ist einmal die kritische Überprüfung und notfalls Neufassung der Organisationsprinzipien für die wissenschaftliche Arbeit, daneben auch eine kritische Untersuchung der Leistungsfähigkeit aller der Wissenschaft dienenden Einrichtungen. Weiterhin sollen Maßnahmen geprüft werden, diese Leistungsfähigkeit zu steigern, und den staatlichen Organen entsprechende Förderungsvorschläge zu machen.

Bisherige Leistungen

Was hat der Wissenschaftsrat bisher geleistet? Er hat zunächst einen umfangreichen Band von Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen erarbeitet. Darin sind bis ins einzelne gehende Vorschläge für die personelle und finanzielle Ausstattung der bestehenden Hochschulen sowie für erforderliche bauliche Maßnahmen enthalten. Des weiteren Pläne für die Gründung einer Anzahl von neuen Hochschulen. Sein Bemühen ist darauf gerichtet, die Verwirklichung seiner Empfehlungen und die neu auftretenden Bedürfnisse zu verfolgen und Schwierigkeiten zu beheben, wobei er darauf bedacht ist, in die Rechte der Hochschulverwaltungen und der Selbstverwaltungsorgane nicht einzugreifen.

Seit 1961 bekümmert sich der Wissenschaftsrat auch um die sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik, wissenschaftliche Akademien, wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Archive, soweit sie von wissenschaftlichem Interesse sind. Dazu gehören beispielsweise die staatlichen Forschungsanstalten des Bundes und der Länder, die Institute der Max-Planck-Gesell-

schaft, der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen, der Fraunhofer-Gesellschaft und mehrere hundert weitere selbständige Institute aller Forschungsrichtungen und Größen.

Wie steht es nun mit dem Gesamtplan der Förderung der Wissenschaft in der Bundesrepublik, den der Wissenschaftsrat erarbeiten soll? Dieser Plan besteht noch nicht, und Professor Raiser bemüht sich darum, diejenigen Faktoren herauszustellen, die für eine solche Planung ausschlaggebend sind. Dabei geht es um drei Fragen; einmal, in welchen Institutionen sich die wissenschaftliche Arbeit vollzieht, zweitens um die Sicherung der Finanzierung und drittens um die Gewährleistung des personellen Bedarfs.

Die praktischen Aufgaben

1. Was die Institutionen anlangt, so ist der heutige Bestand nicht das Ergebnis einer rationalen Planung, sondern vielmehr einer von manchen Zufälligkeiten bestimmten geschichtlichen Entwicklung. Im Mittelpunkt stehen die wissenschaftlichen Hochschulen, in denen bis heute Wissenschaft und Lehre vereinigt sind. Daneben aber gibt es eine Anzahl von Ausbildungsstätten für die verschiedensten, gesellschaftspolitisch kaum minder wichtigen Aufgaben, in denen gleichfalls die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit vorgetragen und zur Ausbildung verwendet werden, aber nicht planmäßig eigene Forschung betrieben wird. (Pädagogische Hochschulen, Ingenieurschulen, Wirtschaftsfachschulen usw.) Obwohl der Wissenschaftsrat sich bisher aus Zeitmangel mit diesen nicht befaßt hat, hat er dennoch dafür plädiert, die Zahl dieser anderen Ausbildungsstätten zu vergrößern, um die wissenschaftlichen Hochschulen zu entlasten. In ihrer Forschungsaufgabe stehen die wissenschaftlichen Hochschulen andererseits in Konkurrenz mit der großen Zahl hochschulfreier Forschungsinstitute.

Professor Raiser wirft die Frage auf, ob nicht „in Form eines Sandkastenspiels“ theoretisch überlegt werden sollte, welche Forschungseinrichtungen den Aufgaben unseres Zeitalters am besten gerecht werden, aber der Wissenschaftsrat ist bei seinen Überlegungen von dem Grundsatz ausgegangen, das geschichtlich Gewordene nicht ohne Not zu zerstören, es aber gegebenenfalls umzuwandeln. Diesen „Mangel an Radikalität“, anders ausgedrückt: die „mild-konservative Haltung“, verteidigt Raiser mit dem Argument, daß es sich um Organisationsformen geistiger Arbeit handelt, die sich einer strengen Rationalisierung schlechthin entzieht. Aus dieser Haltung heraus sind die Hochschulempfehlungen entwickelt worden, die im Grundsatz an dem Gedanken der Einheit von Forschung und Lehre festhalten, und das obwohl die Anforderungen an die einzelnen Hochschullehrer so groß geworden sind, daß sie beiden Aufgaben mit gutem Gewissen nicht mehr gerecht werden können. Dabei läßt Professor Raiser durchaus offen, ob nicht im Verlaufe der nächsten fünf oder zehn Jahre eine Trennung von Forschung und Lehre erforderlich werden könnte. Desgleichen hält der Wissenschaftsrat sich gegenüber der Diskussion der geltenden Studienpläne zurück, zumal er die im Gange befindlichen Arbeiten der Rektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz nicht stören möchte.

Was die Entwicklung der Universitäten angeht, so geht das Bestreben des Wissenschaftsrats dahin, in allen Fakultäten den notwendigen Grundbestand an Lehrstühlen zu sichern, zugleich aber doch „das auf Expansion nach allen Seiten angelegte Warenhausprinzip unserer gegenwärtigen Universitäten einzuschränken“. Raiser fügt hinzu, „daß gerade diese Tendenz des Wissenschaftsrats bisher auf den beharrlichen Widerstand unserer Hochschulen gestoßen ist“, die keineswegs geneigt sind, sich einer solchen Beschränkung zu unterwerfen. Was die Akademien anlangt, so dringt der Wissenschaftsrat auf eine stärkere Präzisierung der Aufgabenstellung. In diesem Zusammenhang erwähnt Professor Raiser, daß beispielsweise die Trennung der Max-Planck-Institute von den Universitäten nicht ohne Probleme sei. Das werde sichtbar durch die an mehreren Universitäten offen bestehenden Spannungen zwischen den naturwissenschaftlichen Fakultäten und den dort arbeitenden Max-Planck-Instituten, die ja nicht nur das Ergebnis persönlicher Rivalitäten, sondern die Folge schwieriger Sachprobleme seien.

Finanzierungsproblem und personelle Fragen

2. Was das Finanzierungsproblem angeht, so ist sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in den Hochschulen selbst

häufig die Auffassung zu hören, daß es nur darauf ankomme, mehr Geld für diese Zwecke aufzubringen, um die Hochschulen alsbald wieder auf den Stand ihrer früheren Leistungsfähigkeit zu bringen. Raiser erklärt dazu: „Ich glaube, wir sind uns im Wissenschaftsrat darüber einig, daß wer so redet, sich die Probleme in unzulässiger Weise vereinfacht.“ Man übersieht dabei einmal, daß von den Hochschulen selbst ein erhebliches Maß an inneren Reformen zu leisten ist, man übersieht zweitens, daß unsere finanzielle Leistungsfähigkeit Grenzen hat. Aber gleichzeitig betont Raiser, „daß in der Tat die Wissenschaft in Deutschland bisher finanziell unterversorgt ist“. Er macht darauf aufmerksam, daß bei allem guten Willen die Zuweisungen im Bundestag und in den Länderparlamenten von manchen politischen Zufälligkeiten abhängig sind. Übrigens liegt das Gewicht der Zukunftsfragen nicht nur im Bereich der Wissenschaft, sondern auch bei unserem ganzen Schulwesen, auf dem die wissenschaftliche Arbeit aufruhet. Selbstverständlich müssen die vom Staat zur Verfügung stehenden Mittel so rationell wie möglich verwendet werden, zumal der Bedarf bei den jetzt überall im Gang befindlichen Hochschulbauten ohne die Neugründungen schon heute mehr als 10 Mrd. DM ausmachen würde.

3. Die personellen Fragen stellen bei der Planung der Wissenschaftsförderung vielleicht den wichtigsten Faktor dar. Der Wissenschaftsrat hat eine kräftige Vermehrung der Planstellen an unseren wissenschaftlichen Hochschulen empfohlen. Eine erhebliche Erweiterung des Personalbedarfs wird sich ergeben, wenn die neuen Hochschulen ihre Arbeit aufnehmen. Raiser bekämpft die Auffassung, daß eine starke Vermehrung der vorgesehenen Plätze für wissenschaftliche Arbeiter zu einer allgemeinen Senkung des Niveaus führen werde. Er weist darauf hin, daß kein Anhalt dafür bestehe, daß der Anteil produktiver Begabung in unserem Volke schon erschöpft sei. Für die künftige Bedarfsdeckung kommt es darauf an, daß die Fakultä-

ten bereit sind, die ihnen obliegende Aufgabe sorgfältiger Nachwuchspflege mit dem gehörigen Verantwortungsbewußtsein zu erfüllen. Der Wissenschaftsrat ist in dieser Frage wesentlich optimistischer als manche anderen Stimmen, er hat eine Reihe von Vorschlägen für die Nachwuchspflege gemacht, von denen er sich eine Besserung der bisher nicht überall befriedigenden Zustände erhofft.

Überfüllung der Hochschulen

Ein weiteres Problem ist die Überfüllung der Hochschulen. Sie führt dazu, daß die Hochschullehrer in ihrer Forschungsarbeit gelähmt sind und daß die Absolventen der Hochschulen trotz langen Studiums vielfach nicht den Anforderungen entsprechen, die Staat und Gesellschaft an sie stellen müssen. Raiser ist der Meinung, daß die Studentenzahlen noch nicht über die Erwartungen hinausgehen, die sich aus den statistischen Berechnungen des Wissenschaftsrats ergeben hatten. Er ist deshalb auch der Meinung, daß der Druck von 1964 an etwas nachlassen werde. Ein weiteres Erfordernis besteht darin, durch Einsatz aller Kräfte das Studium so zu intensivieren, daß die in den meisten Fakultäten stark gestiegene Studiendauer wieder fühlbar gekürzt wird, was auch eine Entlastung der Hochschulen mit sich brächte. Ob die Prognosen für 1970 bis 1980 sich bewahrheiten, die von einer Verdoppelung der heutigen Studentenzahl sprechen, ist in vieler Hinsicht zweifelhaft, weil der Lauf der Dinge auch von einer Anzahl politischer Entscheidungen abhängt, z. B. auch davon, ob die Zahl der Höheren Schulen so stark vermehrt wird, daß sich die Zahl der Studenten entsprechend erhöhen könnte.

Professor Raiser betont am Schluß, daß es auch künftig an Arbeit für den Wissenschaftsrat nicht fehlen werde und daß sein Erfolg in der fruchtbaren Auseinandersetzung gerade auch mit der Hochschulöffentlichkeit bestehe. „Auch die Wissenschaftspolitik verträgt keine Diktatur, sondern ist auf den Konsens der Bürger angewiesen.“

Das neue Vademecum soeben erschienen

Ein Standard-Auskunftswerk über das wissenschaftliche Leben in Deutschland

HD — Das Vademecum Deutscher Lehr- und Forschungsstätten/VDLF erscheint soeben in der 4. Ausgabe.

In den vierzig Jahren, auf die Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender seit seinem ersten Jahrgang 1925 zurückblicken kann, ist die Liste gelehrter Namen mit ihren Angaben zur Person und deren wissenschaftlich-literarischen Leistung von 6 000 auf rd. 17 000 in der zuletzt 1961 herausgebrachten 9. Ausgabe angestiegen. Neben dieser bewährten personellen Informationsquelle stellt der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft seit nunmehr 10 Jahren mit seinem „Vademecum Deutscher Lehr- und Forschungsstätten“ ein Auskunftswerk über die deutschen wissenschaftlichen Arbeitsstätten in Lehre und Forschung bereit, das sich von Ausgabe zu Ausgabe deutlicher zu dem Standardwerk seiner Art entwickelt.

Nachdem die letzte Ausgabe von 1961 versuchsweise die Form des Taschenbuches gehabt hat, ist für die jetzt erschienene 4. Auflage wieder das frühere Lexikonformat gewählt worden. Die Übersichtlichkeit der überaus vielseitigen Informationen wird hierdurch besser als in der kleinen Form gewahrt.

Das Vademecum bietet eine Informations-Grundlage über alle amtlichen und halbamtlichen Lehr- und Forschungsstätten des wissenschaftlichen Bereiches in der Bundesrepublik. Mit annähernd 5 000 Lehr- und Forschungsstätten (1961 waren es 4 200), deren Anschriften und den Angaben ihrer leitenden Persönlichkeiten bietet die neue Ausgabe wiederum eine umfassende Bestandsaufnahme. Ein Supplement soll noch in diesem Jahr den vorliegenden Hauptband mit den Forschungsstätten in der Wirtschaft und solcher privater Natur ergänzen.

Nach Aufführung der mit Wissenschaftsfragen befaßten staatlichen Spitzeninstitutionen folgen in dem Werk die Wissenschaftlichen Akademien mit ihren Kommissionen und die Wissenschaftlichen Hochschulen mit den Fakultäten und Abteilungen, sowie die Einrichtungen der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe im Bereich der Wissenschaft. In den darauf folgenden Teilen sind die Stätten der Lehre und Forschung nach dem Gliederungsschema der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die wissenschaftlichen Archive, Bibliotheken, Dokumentationsstellen

und Museen, sowie die Wissenschaftlichen Gesellschaften, Verbände und Vereinigungen aufgeführt. In geschlossenen Übersichten folgen die Bundesanstalten, die Forschungseinrichtungen im Rahmen des Königsteiner Staatsabkommens, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, die Einrichtungen der Gemeinschaftsforschung in der Wirtschaft, die Technisch-Wissenschaftlichen Vereine und die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft. Spezielle Teile gelten den Wissenschaftlichen Auszeichnungen und Preisen sowie den Akademischen Berufen mit zahlreichen Einzelangaben.

Auch die Hochschulen ohne Universitätsrang, wie Lehrerbildende Hochschulen, Kunsthochschulen, Musikhochschulen und die weiteren Sonderhochschulen, sowie Lehrstätten verschiedener Fachrichtungen wie Ingenieurschulen, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Höhere Wirtschaftsfachschulen und Lehranstalten für medizinisch-technische Assistentinnen sind in den Übersichten berücksichtigt.

Nach weiteren einschlägigen Informationen, die u. a. eine Folge von Begriffserläuterungen zur Wissenschaftsterminologie vermitteln, folgen die — durch Farbunterschiede — sehr übersichtlich gebotenen umfangreichen Register der Namen, Orte und Sachgebiete. Das Handbuch schließt mit der Liste der gebräuchlichen Abkürzungen für die aufgeführten Institutionen.

Das VDLF 1964 wird ebenso wie die vorausgegangenen, stets schnell vergriffenen Ausgaben als das umfassendste Nachschlagewerk für alle mit Wissenschafts- und Forschungsfragen befaßten Stellen und Personen unentbehrlich sein.

Wenn der Aufforderung des Herausgebers, Hinweise und Anregungen für die künftigen Ausgaben beizusteuern, durch Mitwirkung aus der Praxis der Benutzer entsprochen wird, dürfte das Vademecum Deutscher Lehr- und Forschungsstätten seine bereits angebaute Standardfunktion als Auskunftswerk über das wissenschaftliche Leben in Deutschland endgültig finden und festigen können.

Es ist zu beziehen durch: Gemeinnützige Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaftspflege m. b. H. — Verlagsabteilung, 43 Essen-Bredeney, Brucker Holt 44, oder über den Buchhandel. — Der Preis beträgt DM 25,—.

Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Geophysikalische Lagerstättenforschung

Für den Abschluß eines Schwerpunktprogrammes zur Förderung der angewandten Geophysik wurden rund 500 000,— DM bewilligt. Das Schwerpunktprogramm „Geophysikalische Lagerstättenforschung“, für das seit dem Jahre 1958 rund 2,8 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden, dient einer umfassenden Untersuchung zur Struktur des tieferen Untergrundes Mitteleuropas. Alle Institute, die sich in der Bundesrepublik wissenschaftlich mit der Physik der Erde befassen, nehmen daran teil. Besonders wichtige Aufschlüsse erhielt man von Steinbruchsprengungen im bayerischen Alpenvorland und von eigens für das Schwerpunktprogramm vorgenommenen Sprengungen in den Dolomiten. Die von ihnen ausgelösten Bodenbewegungen konnten von den Meßtrupps bis auf 300 km Entfernung verfolgt werden. Sie vermittelten neue Kenntnisse über die Lage der tieferen Erdschichten. An diesen Meßreihen war auch eine Reihe ausländischer Institute beteiligt.

Die Forschungsgemeinschaft hat, abgesehen von den notwendigen Personalmitteln, eine größere Anzahl seismischer und gravimetrischer Apparaturen beschafft. Die Magnetik, neben der Seismik und der Gravimetrie das dritte klassische Gebiet der Geophysik, konnte im Rahmen dieses Programmes nur zum Teil gefördert werden. Hier soll aber in einem besonderen Schwerpunkt „Erdmagnetische Tiefensondierung“ in Zukunft verstärkt geholfen werden.

Alle Untersuchungen, die die Forschungsgemeinschaft im Bereich der Physik der Erde fördert, stellen Vorarbeiten für ein internationales Projekt zur Erforschung des Erdmantels dar, das jetzt in der ganzen Welt beginnt.

Chemische Kinetik

Im Rahmen ihres Schwerpunktprogramms wurden noch im alten Jahr 600 000,— DM für Untersuchungen auf dem Gebiet der chemischen Kinetik bewilligt. Es handelt sich hier um eine Forschungsrichtung, die sich mit dem zeitlichen Ablauf der chemischen Vorgänge in ihrer Abhängigkeit von Druck, Temperatur, Belichtung, elektrischen Einwirkungen und einer Reihe anderer Faktoren befaßt. Forschungen auf diesem Gebiet bilden die Grundlage für die technische Reaktionsführung der Produktionsverfahren in der chemischen Industrie.

An dem von der Forschungsgemeinschaft geförderten Programm, das jetzt seit acht Jahren läuft und mit bisher rund 4 Millionen DM gefördert worden ist, sind 30 Forscher aus 17 Hochschulinstituten beteiligt, deren Arbeiten eng aufeinander abgestimmt werden.

Immunbiologie

Ein Organismus wird als immun bezeichnet, wenn er gegen bestimmte Infektionen, Gifte oder Allergene gefeit ist. Mit der Aufklärung dieser Abwehrmechanismen befaßt sich die Immunbiologie. Im Gegensatz besonders zum angelsächsischen Ausland wurde dieses Fachgebiet in Deutschland bisher wenig gepflegt.

Es wurde deshalb beschlossen, die Immunbiologie im Schwerpunktprogramm besonders zu fördern. Für das erste Jahr dieses langfristigen Programmes wurden jetzt 600 000,— DM bewilligt; insgesamt sind 900 000,— DM für das Jahr 1964 vorgesehen.

Da die Probleme wegen ihrer Vielfalt auch von vielen Seiten her aufgegriffen werden müssen, arbeiten in diesem Programm Biochemiker, Mikrobiologen, Virologen, Serologen, Pathologen, Internisten und Pharmakologen zusammen. Im einzelnen geht es zum Beispiel um Hormonbestimmungen (Insulin) und den Nachweis von Hormonantikörpern, um elektronenmikroskopische Untersuchungen über allergische Entzündungen, um die Immunologie von Strahlenschäden und um verschiedene Blutgruppenuntersuchungen, so zum menschlichen Rhesus-Faktor.

Im Interesse der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind bei den Bewilligungen vor allem jüngere Forscher berücksichtigt worden, für die zum Teil auch Reise-

beihilfen bewilligt wurden, damit sie im Ausland neue Methoden erlernen können.

Herz- und Kreislaufforschung

Aus Mitteln der Fritz-Thyssen-Stiftung, die seit 1961 für dieses Gebiet schon 2,1 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, wurden weitere 600 000,— DM bewilligt. Seitdem es gelungen ist, die Infektionskrankheiten durch Antibiotika und Chemotherapeutika zurückzudrängen, treten die Kreislauferkrankungen zusammen mit dem Krebs als Todesursache immer mehr in den Vordergrund. Dadurch ist die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kardiologie zu einem aktuellen Problem der Medizin geworden. Die Vielfalt der Organe und Funktionen des Kreislaufsystems bedingt die Zusammenarbeit von Forschern vieler Fachgebiete. Unter den 25 Beteiligten befinden sich Anatomen, Physiologen, Pathologen, Biochemiker und Chirurgen. Arbeiten über Kontraktilität und Dehnbarkeit erbrachten wertvolle Einblicke in den Blutkreislauf und ermöglichten die Entwicklung künstlicher „Hilfsventile“ beim Versagen der Herzklappen.

Andere Untersuchungen richten sich auf den Stoffwechsel und die Innervierung des Herzens; von einer Augenklinik wurde eine neue Methode zur Beurteilung der Hirngefäße entwickelt (sog. Ophthalmodynamographie), die man auch auf andere Gefäßerkrankungen auszudehnen beabsichtigt.

Nierenforschung

Für dieses Gebiet wurden seit 1962 insgesamt 2,75 Millionen DM bewilligt. Die zuletzt bewilligte Summe von 650 000,— DM soll vor allem der Erforschung der Normalfunktion der Niere dienen. Gegenwärtig laufen 25 Arbeiten als Gemeinschaftsprojekt mehrerer Forscher.

Besondere Beachtung finden dabei Fragen der Durchblutung der Niere, der Rolle von Kalium- und Natrium-Ionen im Wasserhaushalt der Niere, des Eiweiß- und Phosphat-Stoffwechsels. Internisten bearbeiten die Fragen der Wasserbilanz, den Einfluß von harntreibenden Mitteln und Hormonen und Fragen der Urämie. Schließlich wird auch die Funktion der Nieren bei Unterkühlung erforscht, was für die Chirurgie bedeutungsvoll werden kann, da sich manche Operationen nur bei künstlicher Herabsetzung der Körpertemperatur vornehmen lassen. Außerdem versucht man noch, dem Zusammenhang von Nierenfunktion und Bluthochdruck auf die Spur zu kommen.

Ingenieurwissenschaftliche Grundlagenforschung

Für 14 Grundlagenuntersuchungen auf dem Gebiet des Verschleißes, der Reibung und der Schmierung wurden insgesamt 450 000,— DM bewilligt. Die mannigfaltigen Erscheinungen, die bei der Reibung auftreten, sollen mit exakten Meßmethoden erfaßt und der physikalische Charakter dieser Vorgänge ergründet werden.

Über die Reibung zwischen festen Körpern („Trockene Reibung“) laufen aufeinander abgestimmte Untersuchungen im Institut für Kraftfahrzeuge in der Technischen Universität Berlin, bei der Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin und bei der Materialprüfungsanstalt in Stuttgart. Die übrigen Forschungsvorhaben betreffen besondere Fragen bei der Schmierung und bei der Verletzung von Kristallen, sowohl bei körnigem Zwischenmittel als auch bei der Graphitschmierung.

Orientalistik

Seit sechs Jahren wird die Katalogisierung der orientalischen Handschriften im Einvernehmen mit der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft gefördert. Bisher wurden rund 750 000,— DM bewilligt. Es konnten 35 000 Handschriften in deutschen Bibliotheken aufgenommen werden. Vor allem aber hat sich diese Arbeit ganz allgemein sehr anregend auf die deutsche Orientalistik ausgewirkt.

So konnten auch jüngere wissenschaftliche Kräfte gewonnen und mit Mitteln für ihre weitere Arbeit ausgestattet werden: Ein junger Hamburger Gelehrter betreibt die Erforschung der Tai-Sprachen, eine Kunsthistorikerin untersucht an der Westküste Indiens Architektur, Freskenmalerei und Handwerkskunst und ein Münchner Indologe ist nach Nepal gereist, um dort seine Studien zur Geschichte des Buddhismus fortzusetzen. Wie bei anderen Vorhaben zeigt sich auch hier ein überraschend enger Bezug zu den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegenwartsfragen der Länder des Orients.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft stellte der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus Kreisen der Gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1963 rd. 16 Millionen DM zur Verfügung.

Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Auslandsferienkurse auch 1964 hoch im Kurs

Was vor dem Kriege noch nahezu unbekannt war, ist seit dem Ende der vierziger Jahre bei den Studenten zu kaum geahnter Popularität gelangt: der Besuch von Hochschulferienkursen im Ausland. Nach Beobachtungen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ist die Zahl der Ferienkursteilnehmer, die vor allem zwischen den benachbarten europäischen Ländern in jedem Sommer hinüber- und herüberwechseln, bereits so stattlich, daß man von einer kleinen Völkerwanderung sprechen kann. Etwa 3 500 junge Ausländer haben 1963 Hochschulkurse in der Bundesrepublik besucht, und die Zahl deutscher Studenten, die mit gleicher Absicht ins Ausland gingen, dürfte noch höher gewesen sein.

Werden Ferienkurse im Ausland auch 1964 bei deutschen Studenten Trumpf sein? Wenn man die vier vom DAAD soeben veröffentlichten Hefte über Ferien- und Sprachkurse an Hochschulen und Sprachschulen in Großbritannien und Irland, Frankreich, Spanien und Italien mit dem Verzeichnis des Sommers 1963 vergleicht, fällt folgendes auf: Im Ausland hat man sich offenbar auf einen noch größeren Zustrom von Teilnehmern eingerichtet. Die Gesamtzahl der Universitäten, Hoch- und Sprachschulen, die Kurse im Sommer, aber auch im Frühjahr und im Herbst veranstalten, ist von 104 im Jahre 1963 auf 127 angestiegen.

Daß man mit dem vermehrten Angebot an Kursen im Ausland richtig „liegt“, ist angesichts der beim DAAD schon früh einsetzenden Anfrageflut deutscher Studenten, die Auskünfte über die Kurse im Ausland erbaten, kaum zu bezweifeln. Im Gegensatz zur Zurückhaltung gegenüber einem ausgedehnteren Studienaufenthalt im Ausland fällt die Beliebtheit der meist drei- bis vierwöchigen Ferienkurse besonders auf. Zwei Gründe mögen dafür entscheidend sein: 1. Gute Fremdsprachenkenntnisse werden für den beruflichen Erfolg von Akademikern immer wichtiger. 2. Auch an den Studenten sind die Segnungen des Wirtschaftswunders nicht spurlos vorübergegangen, man hat mehr Geld und eine längere Ferienzeit. Das gibt die Möglichkeit zur Teilung in eine Art Arbeits-Urlaub — dem Besuch eines Kurses gewidmet — und eine anschließende Ferienreise.

Größtes Interesse für England-Kurse

Die meisten deutschen Studenten und auch Abiturienten interessieren sich für die 70 Ferienkurse in Großbritannien und Irland. „Shakespeare und Brecht auf der Bühne“, „Geschichte, Literatur und Kunst in England des 17. Jahrhunderts“ oder „Englische Literatur des 20. Jahrhunderts“ lauten einige Themen der 21 Universitätskurse. Erstaunlich zahlreich sind die Sonderkurse britischer Universitäten für Archäologen, Historiker und Juristen. Wem es vor allem auf die Verbesserung von Sprachkenntnissen ankommt, kann sowohl unter den Hochschulkursen als auch unter den Kursen von 14 Sprachschulen wählen. Das British Council veranstaltet Fortbildungskurse für ausländische Englischlehrer und Spezialistenkurse, z. B. über Verkehrssicherheit, Bibliothekswesen und Steuerfragen.

33 Ferienkurse in Frankreich

Das Interesse deutscher Studenten an Ferienkursen in Frankreich steht nur wenig hinter dem für Englischkurse zurück. Die DAAD-Broschüre enthält Auskünfte über 33 französische Kurse. Auch hier reicht das Angebot vom Anfängersprachkurs über den anspruchsvollen Literatur- und Kulturkurs bis zum Spezialkurs für Romanisten. Die Universität Clermont-Ferrand veranstaltet einen Sonderkurs für Mediziner. „Intéraction entre la matière et les ondes électromagnétiques“ lautet das Thema eines Physikerkurses der Universität Grenoble. — Mit zusammen 24 Kursen folgen Spanien und Italien in deutlichem Abstand zu England und Frankreich. Reine Sprachkurse in verschiedenen Schwierigkeitsstufen und Kurse mit literarischer Thematik bestimmen auch hier das Bild.

Interessenten können sich die verschiedenen Ferienkursverzeichnisse des Deutschen Akademischen Austauschdienstes bei den Akademischen Auslandsämtern der Universitäten und Hochschulen besorgen oder aber direkt beim DAAD, Bad Godesberg, Kennedy-Allee 50. Die Ferienkurshefte werden kostenlos abgegeben und enthalten Angaben über die Termine, Themen und Kosten der Kurse, sowie

Hinweise auf die Vergabe von Stipendien und verbilligte Reisemöglichkeiten.

IAESTE-„Praktikantenaktien“ auf 7 500 gestiegen

Die Luzerner Praktikantenbörse, an der 72 Vertreter aus 31 europäischen und überseeischen in der IAESTE (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience) zusammengeschlossenen Ländern teilnahmen, hat nach knapp einwöchiger Dauer (13.—18. 1.) ihre Pforten wieder geschlossen. Die IAESTE-Konferenzen unterscheiden sich von vielen anderen Tagungen dadurch, daß nicht Plenarsitzungen das Bild bestimmen, sondern intensive Austauschgespräche zwischen den Vertretern der Mitgliedsländer. Bei diesen manchmal harten Verhandlungen, in denen Qualität, Dauer und Zeitpunkt des Angebots von Praktikantenstellen eine Rolle spielen, wurden in Luzern 7 500 Plätze ausgetauscht. Das sind 600 Plätze mehr als im Vorjahre. Vor allem Deutschland, Schweden, England, Ägypten und Polen kamen mit vergrößertem Stellenangebot. Mit Bedauern wurde das von 180 auf 130 Plätze verminderte Angebot Frankreichs vermerkt.

1 000 Auslandsstellen für deutsche Studenten eingetauscht

Der DAAD, über den der IAESTE-Austausch mit der Bundesrepublik läuft, konnte sein Angebot von 1 420 auf 1 500 Plätze erhöhen. Er handelt dafür wiederum ca. 1 000 Plätze für deutsche Studenten im Ausland ein, eine Zahl, die angesichts des allgemein stagnierenden Interesses junger Deutscher an Praktikantenaufenthalten jenseits der Grenzen als ausreichend angesehen wird. Hingegen hätte man für die Fachgebiete Architektur, Chemie, Physik, Mathematik (Versicherungsmathematik, Statistik, Nomographie), Hochfrequenztechnik und Flugzeugbau gern eine größere Zahl von Auslandsstellen eingetauscht, weil deutsche Akademiker dieser Studienrichtungen nach wie vor sehr an dem Besuch ausländischer Betriebe interessiert sind.

Polen machte gutes Angebot: 25 Plätze für Deutsche

1963 gab es Schwierigkeiten bei der Einreise polnischer IAESTE-Praktikanten in die Bundesrepublik. Umso bemerkenswerter ist, daß Polen wiederum 25 Praktikantenplätze für deutsche Studenten angeboten hat. Für polnische Studenten stehen bis jetzt 12 Praktikantenplätze in deutschen Betrieben bereit, doch wird sich diese Zahl voraussichtlich auch auf 25 erhöhen. Es ist zu hoffen, daß 1964 sämtliche Studenten aus unserem östlichen Nachbarland ihre Praktika in Deutschland antreten können. Als Anerkennung der Arbeit des polnischen IAESTE-Komitees darf die Wahl von Prof. Tymowski zum stellvertretenden Mitglied des IAESTE-Advisory-Committee gewertet werden. Dr. Klaus Wyneken, Leiter der Praktikantenabteilung beim DAAD, wurde für ein weiteres Jahr einstimmig zum Generalsekretär der IAESTE gewählt. Als neues Vollmitglied wurde Luxemburg aufgenommen, während Ägypten seinen Status als assoziiertes Mitglied vorerst beibehält. Durch die Neuaufnahme Chiles, Japans, Kolumbiens und des Sudans als assoziierte Mitglieder und der Amerikanischen Universität in Beirut/Libanon hat sich die Zahl der überseeischen Partnerländer auf 13 erhöht.

Zentralstelle für Überseeaustausch nach Bad Godesberg

Dadurch sieht sich die in Europa gegründete und in ihrer Arbeit lange Jahre auf Europa konzentrierte IAESTE vor neue Probleme gestellt. Der Überseeaustausch läßt sich nicht nach dem bewährten europäischen Muster des zwei- bis dreimonatigen Ferienpraktikanten-Austauschs bewerkstelligen. Die großen Reiseentfernungen und die damit verbundenen Kosten verlangen neue Austauschformen. Deshalb wurde von der Luzerner Konferenz beschlossen, beim Generalsekretariat der IAESTE in Bad Godesberg eine Zentralstelle für den Überseeaustausch einzurichten.

Alle Angebote an Praktikantenplätzen in Übersee und alle Vermittlungswünsche für einen Aufenthalt in Übersee werden in Zukunft hier zusammenlaufen. Es wird dann möglich sein, z. B. eine je zweimonatige Praktikantenzeit in Chile, Argentinien und Kolumbien aneinanderzureihen. Ergebnis: es kann ein halbjähriges Praktikum für einen Studenten aus Großbritannien, Schweden oder Kanada angeboten werden. Die Dauer des Praktikums steht dann in einem angemessenen Verhältnis zu den Reisekosten. Bei einer Umfrage in den Partnerstaaten über Sinn und Wert des Praktikantenaustauschs haben sich Hochschulen

Die 99. Plenarsitzung der Kultusminister der Länder

tagte am 16./17. Januar in Hamburg

Die Ständige Konferenz der Kultusminister teilt mit: Die Kultusminister und -senatoren der Länder traten am 16./17. Januar 1964 in Hamburg unter dem Vorsitz von Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat zu ihrer 99. Plenarsitzung zusammen. An den Beratungen nahm der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Alois Niederalt, teil. Das Auswärtige Amt war durch Min.-Direktor Dr. Sattler und das Bundesministerium des Innern durch Min.-Direktor Hagelberg zeitweise vertreten.

In den Jahren 1960 bis 1963 haben die Kultusminister und -senatoren mehrere eingehende Gespräche mit verschiedenen Trägerorganisationen der Erwachsenenbildung und des Büchereiwesens geführt; gleichzeitig wurden diese Themen auch innerhalb der Kultusministerkonferenz beraten. Hierbei wurden die vorliegenden Denkschriften der Trägerorganisationen wie auch das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ vom Januar 1960 berücksichtigt. Diese Beratungen wurden nunmehr abgeschlossen durch eine einstimmig gebilligte Empfehlung, die eine Grundsatzordnung für die Förderung der Erwachsenenbildung und der Büchereien seitens des Staates enthält.

Anerkennung der Reifezeugnisse

Eingehend wurde sodann ein vom Schulausschuß der Kultusministerkonferenz vorgelegter Entwurf einer Neufassung der „Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse“ (vom 20. Mai 1954 in der Fassung vom 20./21. Januar 1956) beraten. Auf Grund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen erhielt hierbei die Frage der Bewertung der Leistungen im Fach Deutsch bzw. die Deutsch-Note im Abitur in der Aussprache eine besondere Bedeutung. Während die „Durchführungsbestimmungen zum Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse“ (vom 20./21. Januar 1956) in der bisher gültigen Fassung hierzu feststellten „... Unzureichende Leistungen in Deutsch können nicht ausgeglichen werden“, wurde nach einem sehr eingehenden Erfahrungsaustausch zwischen den anwesenden Kultusministern und -senatoren schließlich folgende Formulierung erarbeitet: „Die Reifeprüfung ist bestanden, wenn in allen Fächern mindestens ausreichende Leistungen erreicht werden. Ob über nicht ausreichende Leistungen hinweggesehen werden kann, hängt von der Gesamtreife und der Persönlichkeit des Prüflings und von seinen Leistungen in den übrigen Fächern ab. Nicht ausreichende Leistungen in Deutsch können nicht ausgeglichen werden, wenn sie in mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ihre Ursache haben.“

Da der Vertreter des Kultusministeriums des Saarlandes dieser Fassung nicht zustimmen konnte, kam ein einstimmiger Beschluß über die geänderte Neufassung der Reifezeugnisvereinbarung nicht zustande. Die übrigen zehn Länder vereinbarten jedoch, nach dem in der 99. Plenarsitzung erarbeiteten Grundsatz zur Bewertung der Reifezeugnisse und der Deutsch-Note im Abitur ab sofort, das heißt von der Reifeprüfung 1964 an, einheitlich zu verfahren.

Studienförderung nach dem Honnefer Modell

Zum Stand der Neuordnung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell bestätigten die Kultusminister und -senatoren die Notwendigkeit einer unverzüglichen Verbesserung der Förderungsbedingungen, die bis spätestens zum 1. April 1964 wirksam werden sollen. Dabei soll durch Neubemessung und familiengerechte Gestaltung der Freibeträge die Zahl der geförderten Studenten wieder auf etwa 20 v. H. der eingeschriebenen deutschen Studenten gebracht werden; ferner sollen die Förderungsbeträge angehoben und die Sätze für die Anfangsförderung denjeni-

gen der Hauptförderung angeglichen werden. Die Kultusminister und -senatoren beauftragten ihren Präsidenten — nachdem zwischen Bund und Ländern eine Einigung über die Bundesbeteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt werden konnte —, die verbindliche Zustimmung der Länderkabinette zur Bereitstellung der nötigen Mittel herbeizuführen und bei den beteiligten Stellen des Bundes darauf hinzuwirken, daß die bisherige Beteiligungsquote des Bundes an der Mittelaufbringung nicht jetzt eine Minderung erfährt. Bei diesen Verhandlungen soll ausdrücklich angestrebt werden, die Förderung durch Darlehen in den Endsemestern zu belassen. Keinesfalls soll die Förderung durch Darlehen schon im ersten Semester einsetzen; auch darf sie — bei Absolvierung eines normalen Studiengangs — nicht zu einer höheren Darlehensbelastung nach Studienabschluß als bisher führen.

Nach einer ersten Berichterstattung über bisher noch unvollständig vorliegende statistische Untersuchungen zur Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland wurde der Hochschulausschuß der Kultusminister-Konferenz beauftragt, eine abschließende Beratung im Plenum vorzubereiten.

Zur Vorbereitung der 4. Konferenz der Europäischen Erziehungsminister, die in der Zeit vom 14. bis 16. April 1964 in London stattfinden wird, wurde der von der deutschen Delegation zu erstattende Bericht „Aufnahme von Studienbewerbern in die Hochschulen und finanzielle Förderung der Studierenden“ erörtert.

Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens

Die Kultusminister und -senatoren stimmten sodann den „Richtlinien für die Zulassung und Förderung von Bewerbern aus Entwicklungsländern zum Studium an Ingenieurschulen der Bundesrepublik“ zu, die gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Carl-Duisberg-Gesellschaft entwickelt worden sind. Nach diesen Richtlinien müssen die Bewerber ein mindestens einjähriges Praktikum in deutschen Betrieben ableisten sowie ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen, bevor sie zu den Ingenieurschulen zugelassen werden können. Nur in wenigen Ausnahmefällen wird das Praktikum in deutschen Betrieben außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgeleistet werden können. Die überwiegende Zahl der Bewerber wird sich daher mindestens 16 Monate in der Bundesrepublik befinden, bevor sie zur Ingenieurschule zugelassen werden.

In Wiederaufnahme ihrer Beratungen anläßlich der 83. Plenarsitzung vom Juni 1961 und der 95. Plenarsitzung vom Mai 1963 wurde — nach Gesprächen mit der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung — ein von den Ingenieurschulreferenten der Kultusministerien und vom Schulausschuß erarbeiteter Abkommensentwurf zur Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens eingehend erörtert und durch einen einstimmigen Beschluß gebilligt. Der Text dieser Vereinbarung enthält eine Zusammenfassung aller bisherigen Empfehlungen und Vereinbarungen der Kultusminister-Konferenz zur Ingenieurausbildung und stellt somit eine Grundordnung für die allgemein anerkannten, eigenständigen Ausbildungseinrichtungen für Ingenieure in der Bundesrepublik dar. — Um die von den Ingenieurschulen selbst und von der Öffentlichkeit gewünschte Einheitlichkeit des Ingenieurschulwesens zu sichern, wurde der Abschluß eines Staatsvertrags über den Inhalt der „Vereinbarung zur Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens“ in Erwägung gezogen.

Auf Grund einer vom Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Ministerpräsident Kiesinger, der Kultusminister-Konferenz übermittelten Bitte um Stellungnahmen, wurde die Kultusminister-Konferenz erstmalig mit Empfehlungen der Verhandlungspartner aus dem Deutsch-Französischen Konsultationsvertrag vom Januar 1963 zur Förderung des französischen Sprachunterrichts befaßt. Die Kultusminister und -senatoren brachten ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Ausdruck, im Rahmen der gegebenen innerdeutschen Bindungen den Unterricht der französischen Sprache an den Schulen zu fördern. Dabei soll aber der Grundsatz der Einheitlichkeit der Sprachenfolge innerhalb des Bundesgebietes unbedingt gewahrt bleiben.

und Industriebetriebe der Mitgliedsländer zu 98,5 % positiv über den Praktikantenaustausch geäußert. Die Industrie scheint Auslandserfahrungen ihrer späteren Mitarbeiter sehr zu schätzen. Ein anderer Grund für die Aufnahme — und damit die Finanzierung — von Praktikanten ist die Hoffnung auf sich daraus entwickelnde Geschäftsbeziehungen.

Die 18. Jahreskonferenz der IAESTE wird Anfang 1965 in Israel stattfinden.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Freiburg: Für das Studienjahr 1964/65 wurden zu Dekanen gewählt: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Adolf Knauber (Pädagogik und Katechetik) von der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Fritz Rittner (Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht) von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. rer. nat. Helmut Holzer (Physiologische Chemie) von der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Wilhelm Lettenbauer (Slavistik) von der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr. phil. Theodor Schmidt (Physik) von der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät.

Gießen: Zu Dekanen für das Amtsjahr 1964/65 wurden gewählt: Prof. Dr. phil. Bernhard Kockel (Theoretische Physik) von der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Hans Linser (Pflanzenernährung) von der Landwirtschaftlichen Fakultät und Prof. Dr. rer. nat. Hansjürgen Staudinger (Physiologische Chemie) von der Medizinischen Fakultät.

Göttingen: Zum Rektor für das Amtsjahr 1964/65 wurde Prof. D. theol. Walther Zimmerli, Ordinarius für Altes Testament, gewählt.

Tübingen: Zu Dekanen für das Amtsjahr 1964/65 (1. 4. 64 bis 31. 3. 65) wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Dr. jur. h. c. Hans König (Fundamentaltheologie) von der Katholisch-Theologischen Fakultät; Prof. Dr. theol. Ernst Steinbach (Religionsphilosophie und soziale Ethik) von der Evangelisch-Theologischen Fakultät; Prof. Dr. rer. pol. Norbert Klöten (Volkswirtschaftslehre) von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und Prof. Dr. phil. Klaus Ziegler (Deutsche Philologie) von der Philosophischen Fakultät.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Aachen: Prof. Dr.-Ing. Volker Aschoff (Elektrische Nachrichtentechnik) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Fernmeldetechnik (Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung) an der Universität Bochum. — Prof. Dr. phil. Josef Meixner (Theoretische Physik) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Physik an der Universität München.

Berlin (FU): Prof. Dr. phil. Erich Loos (Romanistik) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Romanische Philologie angenommen.

Berlin (TU): Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dr.-Ing. Kurt Marzahn auf den Lehrstuhl für Geodäsie und Ausgleichsrechnung, Dr. techn. Ernst Fiala auf den Lehrstuhl für Kraftfahrwesen, Dr.-Ing. Paul Wiest auf den Lehrstuhl II für Werkstofftechnik und Dr. rer. pol. Kurt Schmidt auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik.

Frankfurt: Dozent Dr. phil. Hermann Müller-Karpe / München (Vor- und Frühgeschichte) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — apl. Prof. Dr. phil. nat. Anneliese Krenzlin (Geographie) wurde zur ordentlichen Professorin ernannt und auf den Lehrstuhl für Kulturgeographie und Länderkunde berufen.

Hamburg: Prof. Dr. jur. Eberhard Schmidhäuser / Göttingen (Straf- und Prozeßrecht, Zivilprozeßrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Karlsruhe: Dr.-Ing. Gadso Lamers wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Städtebau und städtischen Tiefbau berufen. — Privatdozent Dr. phil. Thomas Nipperdey / Göttingen (Mittlere und neue Geschichte) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Geschichte berufen.

Mainz: Konsul Prof. Dr. phil. Johannes Benzing (Zentralasiatische Sprachen) wurde zum ordentlichen Professor für Islamische Philologie und Islamkunde ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Peter Beckmann (Theoretische Kernphysik) und Prof. Dr. med. Paul Schölmerich / Marburg (Innere Medizin) wurden zu ordentlichen Professoren ernannt und auf die Lehrstühle ihres Faches berufen.

Marburg: Prof. Dr. phil. nat. Horst Drawert (Botanik) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Allgemeine Botanik an der Universität Hamburg. — Prof. Dr. jur. Karl Kroeschell / Göttingen (Bürgerliches Recht, Handels-

recht, Landwirtschaftsrecht und deutsche Rechtsgeschichte) wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht, Handels- und Bauernrecht berufen.

München (TH): Oberbaurat Dr.-Ing. Friedrich Schöffel wurde zum ordentlichen Professor für Maschinenkunde und Apparatebau für Brauerei ernannt.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Hans-Peter Wolff (Innere Medizin) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Innere Medizin an der Universität Göttingen.

Tübingen: Prof. Dr. jur. Ernst Steindorf (Bürgerliches Recht, Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Internationales Privatrecht) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Bürgerliches Recht an der Universität Hamburg.

Würzburg: Prof. Dr. med. Arthur Leinbrock (Haut- und Geschlechtskrankheiten) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn.

b) außerordentliche Professoren

Berlin (TU): Dr. oec. Karlheinz Pfarr wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Bauwirtschaft und Baubetrieb berufen.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Franz Brunnhölzl / München (Lateinische Philologie des Mittelalters) wurde zum außerordentlichen Professor seines Faches ernannt.

Gießen: Prof. Dr. med. Curt Cüppers (Pleoptik und Orthoptik) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das neu geschaffene Extraordinariat für Pleoptik, Orthoptik und Motilitätsstörungen des Auges berufen.

Göttingen: Oberforstrat Prof. Dr. rer. nat. Karl Hasel / Freiburg (Forstpolitik) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz berufen.

Hamburg: Privatdozent Dr. rer. nat. Wolfgang Walter (Organische Chemie) hat den Ruf auf das Extraordinariat für Theoretische Organische Chemie angenommen.

Mainz: Privatdozent Dr. Gerhard Fricke wurde zum außerordentlichen Professor für Experimentelle Kernphysik ernannt.

München (TH): Prof. Dr. phil. Martin Mehmel (Mineralogie und Petrographie) wurde zum außerordentlichen Professor für das Fachgebiet Mineralogie und Petrographie ernannt.

c) Honorarprofessoren

Hamburg: Prof. Dr. agr. Ernst-Ludwig Loewel (Obstbau) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Obstbau an der TU Berlin.

d) Wissenschaftliche Räte

Berlin (TU): Prof. Dr.-Ing. Werner Wachs (Kolloidchemie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Karlsruhe: Dr.-Ing. Otto Sawatzki (Strömungslehre und Strömungsmaschinen) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Mainz: Prof. Dr. phil. Fritz Arens (Mittlere und neuere Kunstgeschichte) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Berlin (TU): Wiss. Rat Privatdozent Dr. agr. Wilhelm Schall (Gärtnerische Betriebslehre) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Frankfurt: Die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor wurde verliehen an: Privatdozent Dr. med. Rudolf Heinecker (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. jur. Dr. phil. Ekkehard Kaufmann (Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches- und Handelsrecht, Kirchenrecht).

Freiburg: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Dozenten Dr. med. Robert Beckmann (Kinderheilkunde) und Dr. med. Leonhard Illig (Dermatologie).

Gießen: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozenten Dr. med. Willi Knoth (Dermatologie und Venerologie) und Dr. med. Florian Heiss (Hygiene und Bakteriologie).

Mainz: Privatdozent Dr. med. Karlheinz Bäßler (Physiologische Chemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

f) Dozenten und Privatdozenten

Aachen: Dr.-Ing. Paul Arthur Mäcke hat sich als Privatdozent für das Fach Stadtverkehr habilitiert.

Berlin (FU): Zu Privatdozenten wurden ernannt: Dr. phil. Heinrich Thelen für das Fach Kunstgeschichte und Dr. med. Hans Hippus für das Fach Psychiatrie und Neurologie.

Freiburg: Dozent Dr. rer. nat. Hans Wondratschek (Mineralogie und Kristallographie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Strukturforchung an der Universität Saarbrücken.

Göttingen: Privatdozent Dr. phil. Joachim Scharf (Byzantinistik) erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Münster.

Hamburg: Privatdozent Dr. phil. Eugen Wirth (Geographie, insbesondere Wirtschaftsgeographie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Geographie an der Universität Erlangen-Nürnberg.

München (TH): Privatdozent Dr. rer. nat. Hansjörg Stetter (Mathematik) wurde zum Hochschuldozenten für sein Fachgebiet ernannt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Hans Herbert Martin wurde die Lehrbefugnis für das Fachgebiet Mikrobiologie erteilt. — Privatdozent Dr. phil. nat. Paula Hahn-Weinheimer/Frankfurt wurde die Lehrbefugnis für das Fachgebiet Mineralogie und Geochemie erteilt.

Tübingen: Es habilitierten sich und wurden zu Dozenten ernannt: Dr. med. Gerhard Irle für das Fach Psychiatrie und Neurologie, Dr. med. Paul König für das Fach Frauenheilkunde und Geburtshilfe und Dr. med. Dr. Klaus Mayer für das Fach Neurologie und Psychiatrie.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Frankfurt: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. med. Eberhard Böhle für Innere Medizin, Dr. med. Heinz Contzen für Chirurgie, Dr. med. Dr. med. dent. Friedrich Kreter für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde und Dr. rer. nat. Nikolaus Fiebiger für Kenphysik.

Gießen: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. med. Karl-Heinz Knoll für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie, Dr. med. Wirnt Rick für Klinische Chemie und Dr. rer. nat. Edgar Berz für Mathematik.

Karlsruhe: Die venia legendi erhielt Dr. rer. nat. Hermann W. Schwarz für das Fach Anorganische Chemie.

Köln: Die venia legendi erhielt Dr. phil. Hans-Siegfried Schuster für das Fach Altorientalische Philologie.

Mainz: Es habilitierten sich: Dr. Emmi Dorn für Zoologie und Allgemeine Anatomie, Dr. jur. Markus Lutter für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Rechtsvergleichung und Freiwillige Gerichtsbarkeit, Dr. med. Roland Bäßler für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie, Dr. med. Günther Strauß für Geburtshilfe und Gynäkologie und Dr. rer. nat. Klaus Beyermann für Analytische Chemie.

g) Lektoren

Frankfurt: Frau Galina Geyer geb. Orłowa wurde zur Lektorin für Russisch beim Slawischen Seminar ernannt.

LEHRAUFTRÄGE

Aachen: Dr.-Ing. Gerhard Jacoby/Essen erhielt mit Wirkung vom SS 1964 einen Lehrauftrag für das Fachgebiet Betriebsfestigkeit von Leichtbaukonstruktionen.

Giessen: Lehraufträge wurden erteilt an: Dr. Maria Luisa Amorim für das Fach Portugiesisch und Oberforstrat Dr. phil. Richard Schmitt für das Fach Forstwirtschaft.

VERTRETUNGEN

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Rudolf Sigl (Astronomische und Physikalische Geodäsie) wurde bis auf weiteres mit der kommissarischen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Photogrammetrie, Topographie und Allgemeine Kartographie sowie mit der Leitung des gleichnamigen Instituts beauftragt. — Prof. Dr.-Ing. Heinrich Netz (Anlagen der Gärungs- und Zucker- sowie der Hüttenindustrie) wurde bis auf weiteres mit der kommissarischen Wahrnehmung

des Lehrstuhls für Maschinenbaukunde und mit der kommissarischen Leitung des Instituts für Wärmekraftmaschinen beauftragt. Ferner wurde er bis auf weiteres mit der nebenamtlichen Leitung des Heizkraftwerkes betraut.

BEURLAUBUNGEN

Hamburg: Beurlaubt wurden Prof. Dr. phil. Ludwig Alsdorf (Kultur und Geschichte Indiens) vom 8. 12. 63 bis 29. 2. 64 zur Durchführung einer Studienreise nach Indien und Privatdozent Dr. oec. Sigurd Klatt vom 1. 11. 63 bis 31. 3. 64 zur vertretungsweisen Wahrnehmung des Wirtschaftspolitischen Lehrstuhls an der Universität Kiel.

Mainz: Wiss. Rat. Prof. Dr. rer. nat. Hermann Kämmeler (Organische und Makromolekulare Chemie) wurde zu einem Vorlesungszyklus über Makromolekulare Chemie an der Universität Barcelona vom 14. 1. bis 29. 2. 64 beurlaubt.

ABGELEHNT BEBERUFUNGEN

Frankfurt: Prof. Dr. phil. nat. Karl Egle (Botanik) hat den Ruf auf ein Ordinariat für Allgemeine Botanik an der Universität Hamburg abgelehnt.

Gießen: Prof. Dr. rer. nat. Hansjürgen Staudinger (Physiologische Chemie) hat den Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Bochum abgelehnt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Georg von Dadelzen (Musikwissenschaft) hat den Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Erlangen-Nürnberg abgelehnt.

Saarbrücken: Einen Ruf nach Bochum haben abgelehnt: Prof. Dr. jur. Günther Jahr (Römisches Recht und Zivilrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung) und Prof. Dr. phil. Hans Eggers (Germanische und Deutsche Philologie).

Stuttgart-Hohenheim: Prof. Dr. phil. Gerhard Michael (Agrikulturchemie) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Göttingen abgelehnt.

Tübingen: Prof. Dr. rer. pol. Karl Brandt (Volkswirtschaftslehre) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Universität Bonn abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Friedrich Schöffel (Maschinenkunde und Apparatebau für Brauerei) wurde zum Direktor des neu zu errichtenden Instituts für Maschinenkunde und Apparatebau für Brauerei bestellt.

GASTPROFESSUREN

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Ernst Weigt (Geographie, insbesondere Wirtschafts- und Sozialgeographie) wird im Jahre 1964 Gastvorlesungen an der Hochschule für Welthandel in Wien und in der Österreichischen Geographischen Gesellschaft halten.

Freiburg: Im WS 1963/64 lesen als Gastprofessoren: Prof. Munford, Ph. D./Middlebury College, Vermont (Philologie) über „The Literature of the American Renaissance“, Prof. Dunner, Ph. D./Grinnell-College, Iowa (Politische Wissenschaft) über „Vergleichendes Staats- und Verwaltungswesen am Beispiel der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens“, Prof. Luckmann, Ph. D./New School of Social Research, New York (Soziologie) über „Soziale Schichtung und Persönlichkeitsstruktur in der industriellen Gesellschaft“ und Prof. Dr. Dransfeld/Berkely, Kalifornien (Physik) über „Festkörperphysik“.

Hamburg: Privatdozentin Dr. rer. nat. Ida Valetton (Mineralogie unter besonderer Berücksichtigung der Sedimentpetrographie) hält im WS 1963/64 als Professeur associé an der Universität Bordeaux/Frankreich eine Vorlesung über „Petrologie des Roches sedimentaires“.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Aachen: Herrn Hans Liebherr/Biberach wurden in Anerkennung seiner Pionierarbeit bei der Entwicklung von Baumaschinen und seiner großen Verdienste um die Weltgeltung der deutschen Baumaschinenindustrie der akademische Grad und die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber verliehen.

Berlin (FU): Prof. Dr. med. et rer. nat. Hedwig Langecker (Pharmakologie und Pharmakognosie) wurde von der Veterinärmedizinischen Fakultät die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Walter Schubring (Kultur und Geschichte Indiens) wurde vom Rat der Universität Gent/Belgien die Würde eines „Doktor ad honoris bei der Philosophischen Fakultät“ verliehen.

Köln: Prof. Dr. Fernand Braudel/Paris und Prof. Dr. phil. Dr. jur. h. c. Carl Joachim Friedrich/Heidelberg (Politische Wissenschaft) wurde die Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber verliehen.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. phil. Friedrich Oertel (Alte Geschichte) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Adolf Meyer-Abich, em. Ordinarius für Geschichte der Naturwissenschaft, wurde die Eisenerne Medaille der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, Frankfurt, verliehen.

München (TH): Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. LL. D. h. c. Ernst Schmidt (Technische Thermodynamik) wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Aachen: Prof. Dr. techn. F. Löschner (Geodäsie) wurde zum Mitarbeiter in den Arbeitsausschuß „Geodätische Instrumente und Geräte“ im Fachnormenausschuß Feinmechanik und Optik sowie im Fachnormenausschuß Bauwesen gewählt.

Frankfurt: Prof. Dr. med. Rolf Heinecker (Innere Medizin) übernahm die Leitung der II. Inneren Abteilung des Stadtkrankenhauses Kassel. — Prof. Dr. med. Werner Hellriegel (Medizinische Strahlenkunde) übernahm die Leitung der Strahlenklinik am Bürgerhospital in Stuttgart. — Prof. Dr. med. Erich Landes (Dermatologie) übernahm die Leitung der Hautklinik in Darmstadt.

Mainz: Privatdozent Dr. med. Erwin Haas (Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) wurde zum Chefarzt der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung am Alten St. Vincentius-Krankenhaus in Karlsruhe gewählt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Freiburg: Prof. Dr. med. Franz Büchner (Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie) wurde vom japanischen Kaiser der Orden der aufgehenden Sonne III. Klasse verliehen.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Adolf Meyer-Abich (Geschichte der Naturwissenschaft) wurde zum Ehrensenator der Universidad Austral de Chile, Valdivia, ernannt. — Honorarprofessorin Dr. med. Gertrud Meißner (Bakteriologie, Hygiene) wurde in Rom zum Präsidenten des Komitees für Bakteriologie und Immunologie gewählt.

Heidelberg: Prof. Dr. phil. Kurt Fischbeck (Angewandte Physikalische Chemie) wurde die Auszeichnung Officier dans l'ordre des Palmes Académiques verliehen.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN UND INTERNATIONALEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Ludwig Demling (Innere Medizin) wurde zum Ehrenmitglied der Proktologischen Gesellschaft in Uruguay ernannt.

Frankfurt: Prof. Dr. med. Franz Herrmann (Dermatologie) wurde zum Ehrenmitglied der Israeli Dermatological Association und der Society of Investigative Dermatology ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. rer. pol. Helmut Lipfert (Betriebswirtschaftslehre) wurde zum Vizepräsidenten des Centre universitaire européen de Recherches financieres (C. U. E. R. F.) in Paris gewählt. — Prof. Dr. phil. Friedrich Errulat (Geophysik) wurde vom Landesausschuß der „Union Radio-Scientifique Internationale“ (URSI) zum Ehrenmitglied ernannt.

Karlsruhe: Prof. Egon Eiermann (Architektur) wurde durch das Royal Institute of British Architects, London, zum Honorary Corresponding Member gewählt.

Mainz: Prof. Dr. phil. Karl Bechert (Theoretische Physik) wurde als Mitglied in die Königlich-Norwegische Akademie der Wissenschaften aufgenommen.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Hans Cordes (Bibliotheks-wesen) wurde von der International Federation of Library Associations (IFLA) zum Vorsitzenden der Kommission für Union Catalogues and International Loan der IFLA ernannt.

Würzburg: Prof. Dr. med. Kurt Stucke (Chirurgie), Oberarzt der Chirurgischen Universitätsklinik, wurde von der Belgischen Gesellschaft für Chirurgie zum Membre Associé Etranger gewählt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Aachen: Dozent Dr.-Ing. Janecz Peklenik (Genauigkeitsfragen der Fertigung) wurde auf eine ordentliche Professur (Professor of Mechanical Engineering) für das Lehrgebiet Regelungs- und Steuerungstechnik (Automatic Controls) an der University of Illinois, Urbana USA, berufen.

Berlin (FU): Prof. Dr. phil. Walther Braune (Religionswissenschaft, Islamkunde), Direktor des Religionswissenschaftlichen Instituts mit Islamkundlicher Sektion, ist vom Präsidenten der Universität Bagdad eingeladen worden, drei Monate lang im laufenden akademischen Jahr arabische Vorlesungen zu halten. — Prof. Dr. phil. Alexander Dinghas (Mathematik), Direktor des I. Mathematischen Instituts, hat eine Einladung zu der im Herbst 1964 in London stattfindenden Tagung über Funktionentheorie einer komplexen Veränderlichen erhalten.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Wolfgang Frick (Medizinische Strahlenkunde) wurde vom Brasilianischen Forschungsinstitut für Gastroenterologie in Sao Paulo eingeladen, in der Zeit vom 16. 2.—5. 3. 64 einen Kurs über Röntgendiagnostik des Magendarmtraktes sowie der Gallenwege abzuhalten. Weiterhin wurde er von der Universität Sorocaba (Sao Paulo) zu Gastvorlesungen eingeladen.

Frankfurt: Privatdozent Dr. med. Gerhard Vossius (Physiologie) wird vom Mai 1964 an für ein Jahr die Stelle eines Visiting Associate Professor am Case Institute of Technology in Cleveland/Ohio (USA) übernehmen.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Johannes Grauert (Mathematik) hat eine Berufung auf eine Professur am Institut des Hautes Etudes Scientifiques in Paris erhalten.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Georg Chapchal (Orthopädie), Direktor der Orthopädischen Universitätsklinik, hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für Orthopädie an der Universität Basel angenommen.

GEBURTSTAGE

Aachen: Regierungsbaudirektor Prof. Dr.-Ing. Siegfried Hasenjäger (Baunormung und Technische Baubestimmungen) vollendet am 19. 2. sein 65. Lebensjahr.

Berlin (FU): Prof. Dipl.-Kaufmann Dr. phil. Dr. rer. comm. h. c. Dr. rer. pol. h. c. Erich Kosiol (Betriebswirtschaftslehre), Direktor des Instituts für Industrieforschung, vollendet am 18. 2. sein 65. Lebensjahr.

Berlin (TU): Prof. Dr. phil. Hans Kühn, Sachverständiger für Zement, vollendet am 11. 2. sein 85. Lebensjahr.

Bonn: Prof. Dr. phil. Otto Schmitz-Dumont (Chemie), Direktor des Instituts für Anorganische Chemie, vollendet am 13. 2. sein 65. Lebensjahr.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. rer. techn. Georg Weipert (Soziologie) vollendet am 10. 2. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. Karl Andress (Chemie, insbesondere Technologische Chemie) vollendet am 27. 2. sein 70. Lebensjahr.

Gießen: Prof. Dr. phil. Dr. med. et med. vet. et med. dent. h. c. Wilhelm J. Schmidt (Zoologie und Vergleichende Anatomie) vollendet am 21. 2. sein 80. Lebensjahr.

Göttingen: Professor D. theol. Hermann Schuster/Hannover (Religionspädagogik) vollendete am 3. 2. sein 90. Lebensjahr.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Carl Zerbe vollendet am 13. 2. sein 70. Lebensjahr.

TODESFÄLLE

Mainz: Ministerialdirektor a. D. Prof. Dr. phil. Hans Becker (Didaktik alter Sprachen) ist am 15. 1. im Alter von 75 Jahren verstorben.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

10. 2.

Die Internationale Radiouniversität. Die Gruppe X wird gesucht (1). — Dr. Johannes Herdmenger/Kassel: Entscheidende Phase zur Kulturerschließung des afrikanischen Kontinents (Österr. Rdf. II, 14.35)

Hominisierung und Humanisierung. Prof. D. Heinz-Horst Schrey/Tübingen: IV. Die Neuentdeckung des Menschen (Radio Bremen, 16.45)

Radio-Kolleg. Stätten der Forschung. Zentralinstitut für Kunstgeschichte München — Bericht von L. H. Heydenreich (Deutschlandfunk, 17.30)

Kongreßbericht. Norddeutsche Internisten tagen — Bericht aus Hamburg (Deutschlandfunk, 22.00)

11. 2.

Radio-Kolleg. Stätten der Forschung. Zentralinstitut für Kunstgeschichte München — Bericht von L. H. Heydenreich (Deutschlandfunk, 10.10)

Wissen für alle. Univ.-Prof. Dr. Alexander Aigner: Unterhaltsame Mathematik (Österr. Rdf. II, 17.15)

Die englischen Komödianten und die tirolische Spielkultur — Von Univ.-Prof. Dr. Anton Dörrer (Österr. Rdf. I/Klagenfurt, 18.00)

Aus christlicher Sicht. Heimo Dolch: Christliche Wahrheit und naturwissenschaftliche Erkenntnis (Hess. Rdf. II, 19.45)

Die Vorlesung. Prof. Dr. Werner Maihofer/Saarbrücken: Ideologische Koexistenz (Hess. Rdf. II, 21.30)

Die Philosophie des Kölner Humors — Ein Vortrag von Prof. Heinrich Lützel (NDR/II, 21.30)

Forum der Wissenschaft. Meinungsbildung durch Meinungsforschung — Gespräch zwischen Dr. G. Schmidtchen vom Allensbacher Institut für Demoskopie und Gerhard Reutter (Radio Bremen II, 21.35)

12. 2.

Politik im Buch. Prof. Dr. Hans Joachim Schoeps: Aus den Jahren preußischer Not und Erneuerung — Tagebücher und Briefe der Gebrüder Gerlach und ihres Kreises 1805 bis 1820 (WDR/II, 16.30)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Doz. Dr. Ludwig Jedlicka: Österreichische Zeitgeschichte zum 12. Februar 1934 (Österr. Rdf. II, 17.15)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30)

Das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. Ein Spiegel der Entwicklung des deutschen Katholizismus — Von Prof. Dr. Clemens Bauer (SWF/UKW II, 21.15)

Neue Bücher. Michael Landmann: Die absolute Dichtung — Kurt Weinberg: Kafkas Dichtungen. Besprochen von Beda Allemann (Hess. Rdf. II, 22.45)

Schlager und Ersatzreligion — Man.: Prof. Alfons Silbermann (SFB, 23.00)

13. 2.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 10.10)

Das Katharinenkloster von Sinai und das Abendland — Von Univ.-Prof. D. Dr. Franz Sauer (Österr. Rdf. I/Graz, 14.40)

Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie. Ein Gespräch zwischen Univ.-Prof. Dr. Paul Christian/Heidelberg und Univ.-Prof. Dr. Erich A. Müller/Dortmund (Österr. Rdf. II, 16.00)

Forscher zu Gast — Der Rechtswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Theodor Mayer-Maly/Köln (Österr. Rdf. II, 17.15)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)

Öffentliche Forum-Diskussion. Schluß mit der unbewältigten Vergangenheit — Eine Diskussion mit Historikern und Politikern (Saarl. Rdf. II, 20.00)

Das Stottern und seine Behandlung. Dr. Anton Schilling: Der heutige Stand der Therapie (SWF/UKW II, 20.15)

Licht aus der Frühzeit — Alte Kulturdenkmäler und neue Projekte Syriens (Deutsches Fernsehen I, 20.15)

Europäische Ärzte kommen zu Wort — Heilfastenkuren. Dr. Heinrich Wallnöfer spricht mit Dr. Otto Buchinger/Bad Pyrmont (Österr. Rdf. I/Wien, 20.45)

Menschenleben und Menschheitsfragen. Gesammelte Rundfunkreden von Eduard Spranger: 7. Moralbildende Kraft in unserer Zeit (SDR/UKW, 21.00)

Aus Hörsaal und Labor — Die Sendung der Universität (Österr. Rdf. I/Tirol, 21.30)

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.35)

Studentenfunk — Kommilitone „Mausgrau“ (Hess. Rdf. II, 21.50)

Internationale Rundfunk-Universität. 1) Philosophische Strömungen der Gegenwart: Die Existenzphilosophie — Von Prof. Dr. Hans Georg Gadamer/Heidelberg. 2) Die geheimnisvolle Kultur der Nuragen: Die Bronzestatuetten — Von Prof. Giovanni Lilliu/Cagliari. 3) Neue Erkenntnisse über die Stimmbildung: Forschungen seit 1950 — Von Prof. Raoul Husson/Nancy (Hess. Rdf. II, 22.00)

14. 2.

Die Internationale Radiouniversität. Dr. Johannes Herdmenger/Kassel: Die Gruppe „X“ wird gesucht (2). Entscheidende Phase zur Kulturerschließung des afrikanischen Kontinents (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissen für alle. Univ.-Prof. Dr. Erich Heintel: Daseinsinn und Zeitprobleme (Österr. Rdf. II, 17.15)

Christ und Welt. Univ.-Prof. Pater Dr. Johannes Schaschin S. J./Wien: Wovon lebt die „reiche“ Kirche? (Österr. Rdf. II, 17.40)

Für Eltern und Erzieher. Prof. Dr. Theo Dietrich: Erziehung in der industriellen Gesellschaft (Radio Bremen II, 18.40)

„... und sie bewegt sich doch.“ Dokumente und Anmerkungen zum 400. Geburtstag des Galileo Galilei. 1) Ausschnitte aus den Dialogen über die beiden hauptsächlichsten Weltssysteme. 2) Gedanken über den Vater der neuzeitlichen Naturwissenschaft. Von Eckart Heimendahl (Radio Bremen II, 21.45)

Die Universität. Öffentliche Vorlesung, Gespräche, Reportagen, Nachrichten, Porträts. Prof. Dr. Wolfhart Pannenberg: Was ist der Mensch? — Anthropologie der Gegenwart im Licht der Theologie (SWF UKW II, 23.00)

15. 2.

Zwischen Mikrokosmos und Makrokosmos. Grundlagenforschung heute und morgen. 4) Über die Ethik des Naturwissenschaftlers — Man.: Prof. Dr. Herbert Meschkowski (SFB/II, 11.00)

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik — Man.: Alexander Marfeld (SFB/II, 11.15)

Akademisches Viertel. Blick über die Grenzen — Man.: Frank Pauli (SFB/II, 11.30)

Theologie der Hoffnung. Zum Werk von Paul Schütz — Von Hans-Eckehard Bahr (SWF/UKW II, 22.15)

16. 2.

Aus der evangelischen Welt — Die Krise der Predigt — Ein Beitrag von Prof. D. Casalis (Saarl. Rdf. II, 8.45)

Diese unsere Welt. Galileo Galilei — Zum 400. Geburtstag. Von Rolf Müller (Bayer. Rdf., 9.07)

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Theodor Eschenburg/Tübingen: Der politische und der unpolitische Mensch (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Dolf Sternberger: Bolschewismus als Kirche (SWF, 10.30)

Der Fall Galilei. Versuch einer theologischen Klärung von Heimo Dolch (SDR/UKW, 11.00)

Universitas (Saarl. Rdf., 11.00)

Besuch am Sonntagvormittag. Ein Gespräch über den Stilwandel in der deutschen Entwicklungshilfe (IV). Die Partner: Dr. Carl Fritz Heise, Mentor der ausländischen Studenten der Universität Göttingen, Dr. Herbert Abel, Präsident der Wittheit und stellvertretender Direktor des Überseemuseums Bremen, und Irmgard Bach (Radio Bremen, 11.25)

Aus Wissenschaft und Technik. Wie funktioniert das Gedächtnis — Eine Sendung der Stimme Amerikas (NDR II, 15.30)

An der Grenzscheide zwischen gestern und morgen. Die Persönlichkeit Oswald Spenglers im Spiegel seines Briefwechsels — Man.: Dr. Oskar Schatz (Österr. Rdf. II, 18.00)

Minima Philosophica. Hans Heinz Holz interpretiert einen Text des Thomas von Aquin (NDR/SFB III, 22.10)

ASTA d. T.H.

Referat f. Hochschulfragen

Das wissenschaftliche Buch. Gottfried Oosterwal: Die Papua — Rezensent: Helmut Weber (Deutschlandfunk, 10.10)

Die Internationale Radiouniversität. Univ.-Prof. Dr. Richard Kerschagl, Präsident der österreichischen UNESCO-Kommission: Was will die UNESCO? (Österr. Rdf. II, 14.35)

Vom Steg zur Hängebrücke. Eine wissenschaftliche Studie von Bruno Klinger (SWF/UKW II, 15.45)

Radio-Kolleg. Stätten der Forschung — Max-Planck-Institut für Aeronomie, Lindau — Bericht von Walter Dieminger (Deutschlandfunk, 17.30)

Das Abendstudio — Der wissenschaftliche Bericht (Bayer. Rdf. II, 19.30)

Wissenschaft aus erster Hand. Univ.-Prof. D. Dr. Winfried Gruber: Das Konzil und die Neuordnung der Lehre von der Kirche (Österr. Rdf. I/Graz, 20.15)

Rohstoffe aus der Retorte. Wirtschaftliche Wandlungen im Zeitalter der Chemie — Hörbild von Dr. Walter Greiling (WDR II, 20.40)

Abendstudio. Der Mensch aus der Retorte — Biologische Zukunftsperspektiven — Von Heinrich Schirmbeck (SWF/UKW II, 20.45)

Galileo Galilei. Leistung und Legende — Von Prof. Dr. Heinz Haber (Deutsches Fernsehen, 21.45)

18. 2.

Radio-Kolleg. Stätten der Forschung — Max-Planck-Institut für Aeronomie, Lindau — Bericht von Walter Dieminger (Deutschlandfunk, 10.10)

Student sein in Graz. Gespräch mit einem Studenten aus dem Libanon (Österr. Rdf. I/Graz, 14.25)

Wissen für alle. Zusammenhang zwischen Virusforschung und Krebsdiagnose — Man.: Hans Friedmann (Österr. Rdf. II, 17.15)

Schwierige Kinder. 6. Die verflixte Schule — Eine Hörfolge über Kinderpsychologie — Von Waldemar Maass (NDR II, 19.20)

Die Vorlesung. Prof. Dr. Hans Mersmann/Köln: Lebensraum der Musik in unserer Zeit (Hess. Rdf. II, 21.30)

Wohin führt die Wissenschaft? Fragen an führende deutsche Gelehrte — 6. Gespräch: Prof. Dr. Paul Lorenzen und Dr. Eckart Heimendahl (Radio Bremen II, 21.35)

Das Salzburger Nachtstudio. Die Theologie in einer sich wandelnden Welt. — Univ.-Prof. Dr. Eberhard Lemmert/Berlin: Der Anspruch der modernen Geisteswissenschaften an die Theologie (Österr. Rdf. II, 22.15)

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf. II, 22.15)

19. 2.

Erdbeben und Vulkanismus. Von Univ.-Ass. Dr. Walter Gräf (Österr. Rdf. I/Graz, 14.40)

Berichte über Tätigkeit und Erfahrungen der Sektion Steiermark der Österreichischen Krebsgesellschaft (4). Über die derzeitigen Behandlungsmöglichkeiten des Bronchialkrebses — Man.: Primarius Dr. Ernst Zahlbruckner (Österr. Rdf. I/Graz, 15.45)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Hochschulprof. Dipl.-Ing. Herbert Trenkler/Leoben: Die Weiterentwicklung des LD-Verfahrens in den letzten fünf Jahren (Österr. Rdf. II, 17.15)

Die Welt der Elektronik (Deutsches Fernsehen, 17.00)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30)

Fragen an die Kirchen — Von Prof. Thomas Sartory (SWF/UKW II, 17.45)

Wirtschaft im technischen Zeitalter. Eine Vortrags- und Diskussionsreihe der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der TU Berlin in Verbindung mit SFB. Leitung der Diskussion: Prof. Konrad Mellerowicz und Dipl.-Kaufmann Hans-Georg Krutina. 8) Inflationsströmungen in der Gegenwart — Referent: Prof. Alfred Kruse/TU Berlin (SFB, 20.05)

Die Außenseiter. Gespräch zwischen Prof. Hans Bürger-Prinz, Prof. Heinz Kluth und Prof. Rudolf Sieverts — Gesprächsleitung: Erich Naused (SWF, 22.15)

20. 2.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 10.10)

Ursprünge der modernen Malerei. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Franz: Französischer Impressionismus (Österr. Rdf. I/Graz, 14.40)

Arabische Geographen — Von Univ.-Prof. Dr. Julius Germanus/Budapest (Österr. Rdf. II, 16.00)

Radio-Kolleg. Einführung in die Soziologie — 1. Ihre Stellung unter den Wissenschaften — Vortrag von Leopold von Wiese (Deutschlandfunk, 17.30)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)

Thema Nummer eins: Wissenschaft. Heilendes Wasser. Die Bedeutung der Balneologie — Hörbericht von Otto Mair (Österr. Rdf. II, 21.00)

Zur Reform des Strafrechts. Ein Gespräch mit Alexander Besser (Deutschlandfunk, 21.00)

Menschenleben und Menschheitsfragen. Gesammelte Rundfunkreden von Eduard Spranger — 8. Über die Höflichkeit (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Student und Ethik. Ergebnisse einer Befragung (Hess. Rdf. II, 21.45)

Internationale Rundfunk-Universität. 1) Der zeitgenössische Roman — Italien: Der Neorealismus und seine Voraussetzungen — Von Giacinto Spagnoletti/Rom. 2) Strahlenschutz — Medikamentöse Maßnahmen — Von Dr. Johannes Pany/Wien (Hess. Rdf. II, 22.00)

Neue Universitäten in Deutschland — Man.: Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg (Deutschlandfunk, 22.00)

Studio — Aus Kunst und Wissenschaft (Deutsches Fernsehen, 22.45)

21. 2.

Radio-Kolleg. Einführung in die Soziologie — 1. Ihre Stellung unter den Wissenschaften — Vortrag von Leopold von Wiese (Deutschlandfunk, 10.10)

Die Internationale Radiouniversität. Univ.-Prof. Dr. Hilde Zalocser/Alexandria: Wesen und Ursprung der koptischen Kunst (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissen für alle. Univ.-Prof. Dr. Alfons Wotschitzky: Libanon — die Schweiz des Ostens (Österr. Rdf. II, 17.15)

Aus Naturwissenschaft und Technik (NDR/WDR, 17.20)

Lebendiges Wissen. Mutterliebe bei Tieren — Eine zoologische Studie von Otto Fehring (Hess. Rdf. II, 17.45)

Expedition ins Unbekannte. Fernsehfilmberichte über die von Dr. Hans und Lotte Hass unternommene „Xariffa“-Expedition in den Indischen Ozean (Österr. Fernsehen, 18.33)

Für Eltern und Erzieher. Dr. Walter Reichert: der pädagogische Assistent (Radio Bremen II, 18.40)

Die Weißen denken zu viel. Psychoanalyse, eine neue Dimension der Afrikaforschung — Von Dr. med. Paul Parin und Dr. med. Fritz Morgenthaler (NDR/WDR, 22.00)

22. 2.

Das Porträt: Werner Heisenberg — Man.: Alexander Marfeld (SFB II, 11.00)

Aktuelle Naturwissenschaft — Aus Forschung und Technik (SFB II, 11.15)

Heilquellen aus dem Burgenland. Referenten: Univ.-Prof. Dr. Fellinger/Wien, Univ.-Prof. Dr. Cheminsky/Innsbruck und Dr. Reifenstuhl (Österr. Fernsehen, 15.55)

Das Problem der Todesstrafe einmal anders. Von Univ.-Prof. Dr. Amadeo Silva-Tarouca (Österr. Rdf. II, 17.10)

Der Christ im Alltag. Ein Beitrag von Prof. Dr. Dietrich von Oppen (Saarl. Rdf. II, 19.30)